



EUROPAWAHLEN

Juni 2004

Ergebnisse und Bewertungen
der Außenstellen der Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
Hauptabteilung Politik und Beratung

Zusammengestellt von:

Dr. Helmut Reifeld

(Referat Grundsatzfragen)

Inhaltsverzeichnis

Übergreifende Trends	(Roland Freudenstein)	3
Belgien	(Dr. Peter R. Weilemann)	5
Dänemark	(Thomas Bernd Stehling)	8
Estland	(Dr. Andreas von Below)	8
Finnland	(Thomas Bernd Stehling)	11
Frankreich	(Dr. Norbert Wagner)	11
Großbritannien	(Thomas Bernd Stehling)	13
Irland	(Thomas Bernd Stehling)	15
Italien	(Dr. Norbert Wagner)	15
Lettland	(Dr. Andreas von Below)	16
Litauen	(Dr. Andreas von Below)	17
Luxemburg	(Dr. Peter R. Weilemann)	18
Niederlande	(Dr. Peter R. Weilemann)	19
Polen	(Dr. Henning Tewes)	20
Portugal	(Michael Däumer)	22
Schweden	(Thomas Bernd Stehling)	24
Slowakei	(Dr. Stefan Gehrold)	24
Slowenien	(Dr. Christian Schmitz)	26
Spanien	(Michael Däumer)	28
Tschechische Republik	(Dr. Stefan Gehrold)	31
Ungarn	(Klaus Weigelt)	33

Die Texte sind von den jeweils zuständigen Außenstellenleitern verfasst und bieten – soweit möglich – sowohl eine Analyse des Wahlergebnisses als auch eine Bewertung der uns nahestehenden Parteien im Hinblick auf die Arbeit in Brüssel und ausgewählte Stellungnahmen aus deren Reihen. Nicht abgedeckt werden hierbei Griechenland, Malta, Österreich, Zypern und natürlich die Bundesrepublik Deutschland.

Übergreifende Trends (Roland Freudenstein)

Die Entscheidungen der Europäerinnen und Europäer in der Wahl zum europäischen Parlament 2004 war in vieler Hinsicht weniger geprägt von den Umbrüchen, die sich in diesem Jahr in der EU vollziehen (Osterweiterung, Verfassungsgebung, Türkei-Beitrittsverhandlungen), sondern vielfach von nationalen Entwicklungen. Oft (nicht immer) wurde den jeweiligen Regierungsparteien ein „Denkzettel“ verpasst. Euroskeptische Parteien erhielten Zulauf, und sogar offen antieuropäische Parteien konnten in einigen Ländern kräftige Zugewinne verzeichnen. Ein Alarmsignal war auch die niedrige Wahlbeteiligung in fast allen Ländern – und besonders in einigen der Beitrittsländer.

Gleichzeitig ist klar: Das Wahlergebnis bedeutet eine Stärkung der Fraktion der Europäischen Volkspartei/Europäische Demokraten (EVP-ED) und auch der Liberalen (ELDR). Von den 732 Sitzen erhielt die EVP-ED 276, die Sozialisten (ESP) 200 und die ELDR 67 Sitze. Allerdings wird die EVP-ED-Fraktion auch mit nunmehr 50 Mitgliedsparteien schwerer zu steuern sein als bisher. Innerhalb dieser Fraktion haben sich die Gewichte weiter in Richtung eher konservativer, teilweise auch euroskeptischer Kräfte verschoben. Dies ist vor allem der Osterweiterung zu verdanken. Die traditionelle Christdemokratie kontinentalwesteuropäischen Zuschnitts wird relativ schwächer. Diese Entwicklung ist aber nicht neu; sie kennzeichnete auch bisher schon die jeweiligen Erweiterungsschritte der EU. Auch der Austritt der französischen UDF aus der Fraktion, und mögliche Beitritte von konservativen Formationen, die bisher außen standen, macht einen Teil dieser Entwicklung aus.

„Denkzettel“ für Regierungen

In vielen Ländern wurden die jeweils amtierenden Regierungen abgestraft, und zwar nicht oder nicht in erster Linie wegen ihrer Europapolitik, sondern wegen ihrer gegenwärtigen Unbeliebtheit. Die spektakulärsten Fälle sind Frankreich, Deutschland, Polen, Tschechien, Ungarn und Großbritannien. Allerdings gibt es auch Staaten, in denen Regierungsparteien wenig oder gar keine Verluste zu verzeichnen hatten: Vor allem in den Niederlanden, Luxemburg, Österreich und Italien war das so. Der generelle Trend des „Denkzettels“ hat zwei übergreifende Gründe: Die Reformpolitik besonders der westeuropäischen Regierungen, die entweder in ihrer Substanz oder in ihrer Durchführung kritisiert wird. Hinzu kommen in einigen Ländern Wirtschaftsprobleme, Korruptionsvorwürfe etc. Der andere Grund ist die bekannte Tatsache, dass Europawahlen in vielen Mitgliedstaaten von den Wählern traditionell als innenpolitisches Stimmungsbarometer behandelt werden. Da oft die reale politische Relevanz des EU-Parlaments und damit der Wahlen unterschätzt wird, ist die Bereitschaft, der jeweiligen Regierung Stimmungen zu signalisieren, besonders hoch.

Euroskepsis

In den Ländern und Wählermilieus, wo europapolitische Aspekte dennoch eine Rolle spielten, äußerte sich dies selten in Stimmengewinnen ausgesprochen euro-föderalistischer Parteien (Beispiele sind Spanien, Belgien, Niederlande und in Mitteleuropa die Slowakei). Viel öfter dagegen gewannen euroskeptische Parteien (d.h. in den Integrationsdebatten stark nationalstaatlich-intergouvernemental ausgerichteten) oder sogar antieuropäische Gruppierungen (d.h. solcher, die den Austritt ihres Landes aus der EU propagieren. Beispiele für euroskeptische Parteien wären die britischen Konservativen, die neu gegründete schwedische June-Liste, die tschechische Demokratische Bürgerpartei (ODS) oder die polnische „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS). Offen antieuropäische Kräfte hatten Zugewinne vor allem in Großbritannien (Unabhängigkeitspartei UKIP) und Polen (Liga der Polnischen Familien, LPR).

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Zunächst ist zwischen den alten und den neuen Mitgliedsländern zu unterscheiden. In Westeuropa scheint sich der schon in der Vergangenheit zu beobachtende Trend fortzusetzen, dass mit der empfundenen Macht „Brüssels“ (also der föderalen Institutionen) auch der Widerstand auf nationaler und regionaler Ebene wächst. Die dynamische Weiterentwicklung der EU in den vergangenen 15 Jahren durch die gemeinsame Währung, die Vertragsrevisionen seit Maastricht und zuletzt durch den Verfassungsvertrag, konnten diesen Trend nicht stoppen, geschweige denn umkehren. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlich bedingte schlechte Stimmung in manchen der westeuropäischen EU-Ländern populistischen Gruppierungen Zulauf verschaffte – und Populismus geht meist mit einer kräftigen Dosis anti-Brüssel-Rhetorik einher.

In Mitteleuropa wiederum herrscht in vielen Ländern Katerstimmung nach dem Beitritt vor. Sie beruht in vielen Fällen auf sehr realen Preiserhöhungen bei Energie und Lebensmitteln, hat aber oft auch ihre Ursachen in der Enttäuschung überzogener Erwartungen, die während der Kampagne vor den Beitrittsreferenden (im Laufe des Jahres 2003) entstanden waren. Dass viele der ins EP einziehenden Parteien aus den Beitrittsländern eher dem euroskeptischen, stark an nationalstaatlichen Kategorien und der „Verteidigung nationaler Interessen“ ausgerichteten Lager zuzurechnen sind, war ohnehin klar. Hier werden wachsender Pragmatismus und eine zunehmende Vertrautheit mit den tagtäglichen Funktionsweisen der europäischen Institutionen möglicherweise ihre Wirkung entfalten.

Wahlbeteiligung

Das Rekordtief in der Wahlbeteiligung von 44,5 % wurde vor allem durch die unerwartet niedrigen Werte in Mitteleuropa verursacht, wobei Polen (20 %) und Slowakei (17 %) hervorstechen. Neben der Frustration über den Beitritt (s.o.) fallen hier Informationsmangel und ein oft lau geführter Europawahlkampf ins Gewicht, der in manchen Ländern in spürbarem Gegensatz zur dynamischen Kampagne vor dem Beitrittsreferendum stand. Der Hauptgrund für das Fernbleiben der Wähler im Osten dürfte aber in der Frustration über Politiker und Parteien generell liegen.

Aber auch in Westeuropa war die Beteiligung enttäuschend, und die langfristigen Trends zeigen in den meisten alten Mitgliedsländern nach unten. Auch hier haben es die Diskussion um die Verfassung, die Wahlkämpfe und alle politische Bildung bisher nicht geschafft, das Interesse der Bürger für die EU wesentlich zu steigern.

Bewertung

Die Stärkung der bürgerlichen Kräfte im Europaparlament ist das wesentliche positive Ergebnis dieser Wahl. Allerdings ist das Anwachsen euroskeptischer und antieuropäischer Kräfte und die niedrige Wahlbeteiligung ein Zeichen dafür, dass politische Eliten sich weitaus mehr als bisher anstrengen müssen, die Menschen mitzunehmen und die europäische Integration immer aufs Neue pragmatisch zu begründen.

Belgien (Dr. Peter R. Weilemann)

I. Allgemeine Trends in den Benelux-Ländern

Die Ergebnisse der Europawahl 2004 in den traditionell europafreundlichen Gründungsstaaten der Europäischen Union, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, weisen wenig Gemeinsamkeiten auf, sieht man davon ab, dass sie sich vom allgemeinen Trend etwas absetzen. Aufgrund der Wahlpflicht und der Kombination mit Nationalwahlen in Luxemburg und bedeutenden Regionalwahlen in Belgien lag die Wahlbeteiligung in diesen Ländern mit über 90 Prozent weit über dem Durchschnitt (45,5 % in der EU). In den Niederlanden blieb sie zwar noch unterhalb der Schwelle, war aber um zehn Prozent höher als bei der Vorwahl 1999.

Generell war das Interesse an den europapolitischen Fragen im Wahlkampf nicht sehr hoch, und es bleibt bemerkenswert, dass mit Ausnahme Luxemburgs, europakritische Parteien beachtliche Stimmenzuwächse verzeichnen konnten. Den größten Erfolg verbuchte in den Niederlanden die Partei Europa Transparent des ehemaligen Kommissionsbeamten van Buitenen, die aus dem Stand mit zwei Abgeordneten (7 %) in das Europaparlament einziehen. In Belgien konnte der Vlaams Blok sich um fast fünf Prozentpunkte verbessern (3 Sitze), blieb aber hinter dem beunruhigende Ergebnis bei den Regionalwahlen (24,4 %; ein Zugewinn von 8,2 %) etwas zurück.

In Luxemburg und den Niederlanden fällt auf, dass die führenden Regierungsparteien keinen Denkkzettel für die nationale Politik erhielten. Die CSV Jean Claude Junckers gewann sechs Prozent hinzu. Der CDA blieb mit leichten Einbußen stärkste Partei in den Niederlanden, auch wenn die Koalitionspartner, die in europakritischen Gewässern fischen wollten erhebliche Einbußen erlitten. Auch die in der wallonischen Region und in Brüssel mitregierenden belgischen Sozialisten konnten erhebliche Stimmenzuwächse verzeichnen. Nur in Flandern musste die regierende Regenbogenkoalition herbe Verluste hinnehmen, während die oppositionellen Christdemokraten wieder Fuß fassten (Zuwachs von fast vier Prozent und 1 Sitz mehr).

Die Europa-Wahlen in den Beneluxländern hatten ihren besonderen Reiz auch deshalb, weil sich hier gleich vier potentielle bzw. in der Diskussion stehende Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten – Jean Claude Juncker, Guy Verhofstadt, Luc Dehaene und Jan Peter Balkende - ihrer nationalen Wählerschaft stellten. Eindeutiger Sieger in diesem Test ist der luxemburgische Ministerpräsident, der als Spitzenkandidat für die Europawahl sogar ein Prozent mehr Stimmen einfuhr, denn als Ministerpräsident. Der belgische Premier Guy Verhofstadt und Listenführer der Liberalen, der anders als Juncker, seine Ambitionen um das Amt nur oberflächlich kaschiert, erlitt dagegen herbe Stimmverluste, ohne dass seine Partei dabei Sitze verloren hätte. Im direkten Vergleich mit seinem Vorgänger, Jean Luc Dehaene, Spitzenkandidat der flämischen Christdemokraten (CD&V und NVA, plus 3,89 Prozent) erreichte er etwas mehr als die Hälfte der auf diesen entfallenden Stimmen (630 681 vs. 364 528). Der vierte im Bunde, Jan Peter Balkende, blieb mit seiner Partei knapp vor der stärksten Oppositionspartei.

Im neuen Europäischen Parlament verfügen die Beneluxländer über insgesamt 57 von 732 Sitzen. Die Niederlande haben mit 27 Sitzen vier Mandate weniger zu vergeben als in der letzten Legislaturperiode, die Belgier mit 24 Sitzen 1 Mandat weniger. Luxemburg behält sechs Sitze. Die Mitgliedsparteien der EVP-ED Gruppe bringen 17 Mandate ein, wobei der Verlust des niederländischen CDA durch den Zugewinn von CD&V und CSP mit jeweils ei-

nem Sitz ausgeglichen wurde. Insgesamt war es ein erfolgreicher Wahltag für die Mitgliedsparteien der EVP.

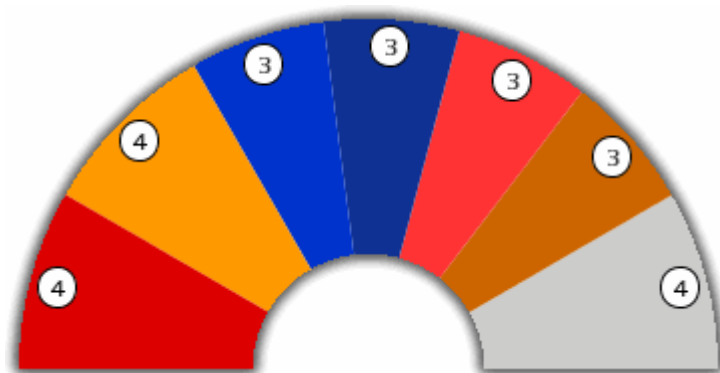
2. Ergebnisse in Belgien

Die Europawahl in Belgien stand im Schatten der Regionalwahlen. Die komplizierte Parteienlandschaft, das Fehlen eines nationalen Parteiensystems und die Tatsache, dass führende „Bundespolitiker“ auch auf der Europa-Liste kandidierten, machen es für den Außensstehenden wie den belgischen Wähler nicht leicht spezifische Schlussfolgerungen für die Europapolitik zu ziehen. Zudem besteht bei den etablierten Parteien weitgehender Konsens in den großen europapolitischen Themen. Die Verfassung ist nicht strittig. Die Türkeifrage rumort zwar im bürgerlichen Lager, ohne dass jemand explizit eine Gegenposition zu Kopenhagen bezieht und in der Irakpolitik konnte die Regierung eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich wissen. So blieben als Wahlkampfthemen eher Hakeleien zwischen den Spitzenkandidaten Verhofstadt und Dehaene um eine gemeinsame Fernsehdiskussion oder der angedrohte Boykott neun flämischer Bürgermeister wegen der Wahlkreisreform in Brüssel-Halle-Vilvoorde. Am Ende weicht das Europawahlergebnis nicht sehr von dem der Regionalwahlen ab.

Alle bürgerlichen Parteien konnten einen Stimmenzuwachs verzeichnen. Die Mitgliedsparteien der EVP gewannen insgesamt sechs Sitze. CD&V mit NVA erlangten vier Mandate (plus 1). Ein Sitz ging an die Nachfolgepartei der wallonischen Christdemokraten, das CDH (Centre Democrat Humaine) unter Joelle Milquet. Die Deutsche Gemeinschaft, deren Sitz im EP aufgrund der Reduzierung der Gesamtzahl der belgischen Sitze lange unsicher schien, wird mit einem Christdemokraten (CSV) vertreten sein. Zur EVP-ED Fraktion gehört auch ein Vertreter der französisch-sprechenden Liberalen (MR). Die wallonischen Sozialisten, die Hauptgewinner im französisch sprechenden Teil Belgiens erreichten vier Mandate, und damit einen Sitz mehr. In Flandern gewannen die Sozialisten sp.a-spirit einen Sitz. Die frankophonen Liberalen (MR) des Außenministers Louis Michel behielten 3 Sitze, werden aber wohl nur mit zweien in der Fraktion der Liberalen (ELDR) vertreten sein. Das flämische Bündnis VLD/Vivant verteidigte ebenfalls seine drei Sitze. Die großen Verlierer der Wahl in Belgien sind die grünen Parteien. Die wallonische Partei ECOLO verlor zwei ihrer vormals drei Sitze, die flämische Groen! hat nur noch einen Vertreter.

Beunruhigend bleibt das Anwachsen der extremen Parteien, insbesondere des Vlaams Blok, der mit seinen drei ungebundenen Vertretern im EP dort sicherlich weniger zur Geltung kommt, in Flandern aber als zweitstärkste politische Kraft eine starke Opposition und ständige Herausforderung der anderen Parteien und ihrer Politik eines „cordon sanitaire“ bilden wird (siehe auch Bericht zu Regionalwahl). Die Namen der neuen (darunter Jean Luc Dehaene) bzw. wiedergewählten (darunter Marianne Thyssen) Abgeordneten in der EVP-Gruppe sind noch nicht vollständig veröffentlicht.

3. Belgen: Sitzverteilung



Totaal: 24 leden

= PS

= CD&V NVA

= VLD Vivant

= MR

= sp.a-spirit

= VLAAMS
BLOK

= Overige

Lijst	Zetels 2004	Vershil
■ PS	4	+1
■ CD&V NVA	4	+1
■ VLD Vivant	3	0
■ MR	3	0
■ sp.a-spirit	3	+1
■ VLAAMS BLOK	3	+1
■ CSP	1	0
■ CDH	1	0
■ ECOLO	1	-2
■ GROEN!	1	-1

Enkel de lijsten die volgens de berekening een zetel behalen worden getoond.

- = niet van toepassing

Verdeling Man - Vrouw	2004	1999
% Vrouwen	29,17%	32%
% Mannen	70,83%	68%

Dänemark (Thomas Bernd Stehling)

Die Sozialdemokraten unter dem früheren Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen sind Gewinner der Europawahlen in Dänemark. Mit einem Zugewinn von 16,2 % und dem besten persönlichen Ergebnis für ihren Spitzenkandidaten kommen sie auf 32,7 % und 5 Mandate. Die regierenden Liberalen von Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen, der auch als Kandidat für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten gehandelt wurde, kommen auf drei Mandate (-2) und 19,4 % (-4 %). Ihr Koalitionspartner, die Konservativen, stellen weiterhin einen Abgeordneten (Gitte Seeberg) und kommen auf 11,3 % (2,8 %). Die oppositionellen Christdemokraten spielen keine Rolle in Dänemark (1,3 %). Jeweils ein Mandat erhalten die Radikale Venstre, das June Movement (europa-kritisch), zu dem der Abgeordnete Jens-Peter Bonde gehört, der wiedergewählt wurde, das Movement against EU, die Danish Peoples Party und die Social People's Party.

Das EVP-Mitglied Konservative Partei ist mit seinem Ergebnis hochzufrieden, der Unmut über Teile des Regierungshandelns hat sich ausschließlich an dem größeren Koalitionspartner Venstre festgemacht.

Estland (Dr. Andreas von Below)

1. Trends in den drei Baltischen Staaten:

Zwar haben die Bevölkerungen vor einem Jahr mit großen Mehrheiten für den Beitritt ihrer Länder zur Europäischen Union gestimmt. Die europäischen Institutionen und deren Aufgaben sind den meisten Menschen aber noch sehr fremd. Die Rolle und Bedeutung des Europäischen Parlaments ist für viele Wähler unverständlich geblieben. Die Europawahl entwickelte sich deshalb vielfach zur Protestwahl für unverstandene politische Zusammenhänge und zu Abstimmungen über nationale Streitfragen. In Litauen waren die EU-Parlamentswahlen zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen. Die Wahlkämpfe wurden wenig offensiv und häufig auch nicht engagiert geführt. Die Wahlbeteiligung blieb entsprechend gering.

		(zum Vergleich EU-Referenden)
Estland:	27 %	64,0 %
Lettland:	41,20 %	72,5 %
Litauen:	48 %	63,3 %

In allen drei Ländern haben *Oppositionsparteien* unerwartet gute Wahlergebnisse erzielt. In jedem Land gibt es einen eindeutigen Wahlsieger. In Estland haben die Sozialdemokraten mit über 36 % die Hälfte der Sitze gewonnen (3 von 6 Sitzen). In Lettland bekam die nationalorientierte Partei „Für Vaterland und Freiheit“ knapp 30 % der Stimmen und wird 4 von 9 Sitzen im Parlament besetzen. In Litauen ist die erst vor wenigen Monaten gegründete oppositionelle *Arbeitspartei* des Parlamentarier Uspaskich mit über 30 % eindeutiger Sieger. Sie wird 5 der 13 Sitze erhalten.

Die Regierungsparteien konnten hingegen kaum Sitze erringen: In Estland haben die drei Parteien der Regierungskoalition lediglich ein Mandat gewonnen (Reformpartei). Die größte Regierungspartei Res Publica ging leer aus. Das Gleiche gilt für Lettland. Auch hier hat nur eine der drei Regierungsparteien (Volkspartei) ein Mandat erhalten. Sowohl die Partei des Ministerpräsidenten als auch der Koalitionspartner Lettische Erste Partei errangen kein Man-

dat. In Litauen erreichten die Regierungsparteien 3 von 13 Sitzen. (Sozialdemokratische Partei 2, Liberaldemokratische Partei 1)

Offensichtlich nutzten die Wähler die Europawahlen als Möglichkeit, ihre Ängste und erste Enttäuschungen im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt zum Ausdruck zu bringen. Der Beitritt hat in den Augen vieler Wähler Nachteile im Alltagsleben gebracht (Verteuerungen auf dem Energiesektor, Inflation u.a.). Die zum Teil sehr hohen Erwartungen auf EU- Fördergelder wurden bisher für viele nicht unmittelbar erlebbar. Die Verunsicherungen werden den Regierenden angelastet.

Die *EVP-Partnerparteien* konnten nur teilweise ihre Ziele erreichen:

Estland : 1 Sitz von insgesamt 6 Sitzen (Isaamaliit)

Lettland: 3 Sitze von insgesamt 9 Sitzen (2 Neue Zeit, 1 Volkspartei)

Litauen: 3 Sitze von insgesamt 13 Sitzen (2 Vaterlandsunion, 1 Union der Bauern und der Neuen Demokratie)

Es sind keine einschneidenden Veränderungen durch die neuen Mitglieder aus dem Baltikum in der EVP- Fraktion zu erwarten. Noch herrscht nicht in allen Ländern Klarheit, welche Personen die Mandate erhalten werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die insgesamt 7 Parlamentarier aus den baltischen Ländern keine völlig neuen Positionen vertreten werden.

Fest steht, dass aus Estland der Vorsitzende der Isaamaliit, Tunne Kelam nach Brüssel gehen wird. Er wird das Amt des Parteivorsitzenden der Isaamaliit aufgeben und kann sich damit ganz seiner neuen Aufgabe widmen. Kelam wird die europafreundliche Linie seiner Partei, die durch Mart Laar vorgeprägt ist, fortführen.

Aus den lettischen Partnerparteien werden vermutlich zwei Mandate durch Politiker besetzt, die bereits als Beobachter die Arbeit in Parlament und EVP-Fraktion kennen: Pīks (z. Zeit Außenminister) oder Kirssteins von der Volkspartei; Liepina oder Kuskis von der Partei Neue Zeit sowie der ehm. Finanzminister Dombromskis. Neben europapolitischen Fachthemen werden die lettischen Abgeordneten großes Gewicht auf die Gestaltung der Beziehungen der EU zu den östlichen Nachbarn, insbesondere zu Russland, legen. Ein weiterer Schwerpunkt wird das Bemühen sein, die durch die fünfzigjährige Sowjetische Besetzung begangenen Verbrechen verstärkt in die Debatten im Europäischen Parlament einzubringen, um auch Russland zur Anerkennung seiner Unrechtstaten zu drängen. Dieses Thema wird sicherlich auch von dem estnischen Vertreter Kelam volle Unterstützung finden.

Die Partei für Vaterland und Freiheit will sich mit ihren vier Abgeordneten der UEN- Fraktion anschließen. Bemühungen, die Abgeordneten für die EVP-Fraktion zu gewinnen, sollten nicht ganz ausgeschlossen werden. Aus der litauischen Vaterlandsunion wird Herr Prof. Landsbergis, der ja als Beobachter ebenfalls schon bekannt ist, ins Parlament einziehen. Das zweite Mandat wird die ehemalige Ministerin für Europangelegenheiten, Frau Laima Andrikiene besetzen, sodass die Partei mit zwei kompetenten Persönlichkeiten in der Fraktion vertreten sein wird. Die Kandidatenliste der Union der Bauernpartei und Neuer Demokratie wird von Frau Prunskiene angeführt. Ihre Entscheidung, ob sie ins EP gehen wird, wird sie erst nach der Stichwahl für das Amt des Staatspräsidenten bekannt geben. Sollte sie auf ihr Mandat im EP verzichten, wird Herr Gintaras Didziokas in das EP einziehen.

2. Die Wahlergebnisse in Estland:

Die Wahlbeteiligung in Estland lag bei nur 27 %. Die Verteilung der Mandate und Stimmen:

PARTEI	MANDATE	STIMMEN	%
Sozialdemokratische Partei	3	85441	36,8 %
Zentrumspartei	1	40716	17,5 %
Reformpartei	1	28374	12,2 %
Isamaaliit	1	24381	10,5 %

Nach vorläufigen Angaben wurden folgende Kandidaten gewählt:

1) Toomas Hendrik Ilves	Sozialdemokratische Partei	76136 Stimmen
2) Marianne Mikko	Sozialdemokratische Partei	5264 Stimmen
3) Siiri Oviir	Zentrumspartei	16633 Stimmen
4) Ivari Padar	Sozialdemokratische Partei	1009 Stimmen
5) Toomas Savi	Reformpartei	11198 Stimmen
6) Tunne-Välto Kelam	Isamaaliit	12610 Stimmen

Eindeutiger Wahlsieger ist die *Sozialdemokratische Partei*, die ihren ehemaligen Außenminister Toomas Hendrik Ilves als Spitzenkandidaten ins Rennen schickte. Nach Umfragen wurden seine internationale Erfahrung und seine Kompetenz in Europäischen Fragen ein entscheidendes Motiv für sein gutes Wahlergebnis. Sein persönlicher Erfolg kam der Partei insgesamt zugute und brachte ihr insgesamt 3 von 6 Sitzen im EP. Hingegen ist es den Regierungsparteien nicht gelungen, ihre Wählerschaft zu mobilisieren und von der Bedeutung der Europawahl zu überzeugen.

Eine dem Kandidaten der Sozialdemokratie vergleichbare Persönlichkeit mit internationaler Erfahrung konnte die führende Regierungspartei Res Publica nicht anbieten. Alle bekannten Persönlichkeiten dieser Partei sind in der Regierung tätig, standen nicht zur Wahl und konnten damit auch keine Stimmen ansammeln.

Entgegen den Befürchtungen in der Partei Isamaaliit ist es dieser gelungen, *ein* Mandat zu erhalten. Der Vorsitzende der Partei Tunne Kelam wird als Spitzendkandidat seiner Partei in das EP einziehen und der EVP- Fraktion beitreten. Er wird dann seinen Posten als Parteivorsitzender abgeben. Toomas Hendrik Ilves, Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei, der ehemalige Außenminister hat die Wahlen gewonnen. Der Grund des Sieges liege in der positiven Wahlkampagne seiner Partei, man erwarte größere Aufmerksamkeit für soziale Fragen, so Ilves.

Der Generalsekretär der Isamaaliit Tarmo Loodus kommentierte: „Wir sind glücklich. Diese Wahlen haben deutlich gezeigt, dass man die Hoffnungen nicht alleine auf die großen Plakaten legen dürfte. Die Kommunikation mit den Wählern zählt. Die Mitglieder der Isamaaliit sind insgesamt 17 000 km überall in Estland durchgefahren, um mit den Menschen zu sprechen: auf den Bushaltestellen und in den kleinen Dorfgeschäften – immer mit Kaffee und Zeitung. Verteilt (nicht per Post geschickt) wurden 90 000 Exemplare der Parteizeitung. Tunne Kelam wird in das Europäische Parlament gehen, im Herbst wird Tõnis Lukas den Posten des Parteivorsitzenden übernehmen“.

Das Mitglied des Riigikogu, der erste Kandidat der Res Publica Urmas Reinsalu, erklärte: „Ich sage ganz ehrlich, das gestrige Ergebnis war für uns ein unzureichendes Ergebnis. Wir müssen jetzt ruhig nachdenken, warum das so gekommen ist. Eine Sache ist sicher – die Stimme des Volkes ist die Stimme des Gottes. Wir haben von unseren Wählern die Warnung bekommen. Ich glaube, wir können daraus Folgerungen ziehen.“

Der Leiter der Res Publica e.V. Andres Kask sagte: „Ich kann drei Gründe nennen, warum es so gelaufen ist: 1) die Wahlaktivität war äußerst niedrig (das Europäische Parlament ist immer noch etwas unklares); 2) man wählte die Person, die einen deutlichen Zusammenhang mit der EU hat (Toomas H. Ilves hat ja die meisten Stimmen gesammelt – sicherlich weiß

nicht jeder, dass er Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist); 3) Urmas Reinsalu ist doch noch ziemlich unbekannt und das Volk fand keine Zusammenhänge zwischen ihm und der EU“.

Ministerpräsident Juhan Parts hat am 13. Juni abends einige Minuten nach 23.00 Uhr, als die vorläufigen Ergebnisse auf dem Bildschirm standen, zum Zeichen des Verlustes die Hände gehoben „Das waren die diplomatischen Wahlen, das Volk hat den Botschafter gewählt,“ so Parts. „Ich gratuliere dem Sieger!“

Finnland (Thomas Bernd Stehling)

Mit einer höheren Wahlbeteiligung (41,1 % gegenüber 31,4 %) läuft Finnland gegen den allgemeinen Trend in Europa. Dies gilt auch für die Ergebnisse für die Parteien in Regierung und Opposition. So konnten die regierende Centrums Partei ihr Ergebnis von 1999 sogar noch um 3,2 % erhöhen und kommt auf 24,5 % der Stimmen. Die frühere Ministerpräsidentin Anneli Jäätteenmäki, die nach nur kurzer Amtszeit wegen einer Falschaussage ihr Amt aufgeben musste, erreichte mit 140.000 Stimmen ein persönliches Ergebnis, das wesentlich zum Gesamterfolg ihrer Partei beiträgt.

Die Sozialdemokraten, früher mit den Konservativen im Koalitionsbündnis, jetzt Juniorpartner des Centrums, verbessern sich ebenfalls von 17,9 % auf 21,3 %. Das EVP-Mitglied Kokoomus verliert leicht und kommt auf 23,1 % (1999: 25,3 %), aber behält seine vier Mandate. Alexander Stubb erzielte das zweitbeste persönliche Ergebnis mit knapp 100.000 Stimmen. Neben ihm vertreten künftig der bisherige Parteivorsitzende Ville Itälä, die junge Abgeordnete Piia-Noora Kauppi und die bisherige Europaabgeordnete Eija-Riita Korhola (sie wechselte von den Christdemokraten zu Kokoomus) die Konservativen. Die Christdemokraten, in einem Wahlbündnis mit der populistischen Partei „True Finns“, gingen bei den Wahlen leer aus.

Neben jeweils vier Abgeordneten der Centrums Partei und von Kokoomus werden Finnland drei Sozialdemokraten und je ein Abgeordneter der Linken Allianz, der Grünen und der Schwedischen Volkspartei im Europaparlament vertreten. Insgesamt dürfte dies eine besonders konstruktive und europa-freundliche Landesgruppe sein.

Frankreich (Dr. Norbert Wagner)

Die UMP (Union pour un mouvement populaire) hatte nach den Regionalwahlen vom März bei den Europawahlen einen erneuten Denkmals für die unpopuläre Politik der Regierung Raffarin befürchtet. Noch in der Woche vor den Wahlen lagen die parteiinternen Voraussagen bei nur noch 14 %. Auch der Europa-Wahlkampf der UMP, wie aber auch der übrigen Parteien, war nie richtig in Schwung gekommen.

Die schlimmsten Befürchtungen haben sich zwar für die UMP nicht bestätigt. Das Ergebnis der Europawahlen ist gleichwohl äußerst mager ausgefallen. Wenn es auch nicht zu der befürchteten „Katastrophe“ gekommen ist, so bedeutet das Ergebnis dennoch einen Tiefpunkt in der Wählergunst für die UMP und damit auch für die Regierung Raffarin.

Vermutlich hat die geringe Wahlbeteiligung zu diesem schlechten Ergebnis für die UMP beigetragen. Bei den Europawahlen im Jahr 1999 hatte die Wahlbeteiligung noch rund 46,76 % betragen. Bei den Regionalwahlen im März betrug sie gar 62,1 %. Bei den Europawahlen

2004 erreichte die Wahlbeteiligung indes nur noch 42,79 %. Die größte Partei bei den Europawahlen in Frankreich war, wie in vielen anderen EU-Mitgliedsländern, die Partei der Nicht-Wähler (57,21 %).

Das vorläufige Endergebnis für Frankreich:

	%	Mandate
PS	28,89	31
PC	5,24	2
Verts	7,40	6
DVG	1,35	1
UMP	16,64	17
UDF	11,95	11
MPF (de Villiers)	6,67	3
RPF (Pasqua)	1,7	0
DVD	2,91	0
CNPT	1,73	0
FN	9,81	7
LO-LCR	3,33	0

Die Linke insgesamt erzielt rund 42,9 %. Der PS legt gegenüber den Wahlen des Jahres 1999 um rund 7 % zu, allerdings zu Lasten seiner Partner der „gauche-plurielle“, des PC und der Grünen.

Die bürgerlichen Parteien (droite républicaine) kommen zusammen auf knapp 39,9 %. Gegenüber den Wahlen 1999 (Liste Sarkozy/Madelin) legt die UMP 4 % zu, die UDF gewinnt rund 2 % zusätzlich. Dagegen scheitert die Liste Pasqua an der Fünfprozenthürde. Überraschend ist das gute Abschneiden des „Souveränisten“ Philippe de Villiers (MPF). Die Liste Chasse, Pêche, Nature et Traditions wird nicht mehr im neuen Europaparlament vertreten sein.

Enttäuscht dürfte auch Jean-Marie Le Pen vom Ergebnis seines FN sein. Die linksextreme Liste LO-LCR scheiterte, wie zahlreiche andere kleinere Parteien bzw. Listen an der Fünfprozenthürde. Dies war auch eine der Absichten bei der Neuformulierung des Wahlmodus durch die Regierung Raffarin im Jahr 2003.

Die Sozialisten und die UDF fühlen sich als Sieger der Europawahlen. Mit ihrem Slogan „Für ein soziales Europa“ hatte der PS im Kern einen innenpolitischen Wahlkampf gegen die Reform-Agenda von Premierminister Raffarin geführt. Europäische Themen spielten, wohl auch wegen der Zerstrittenheit des PS in wesentlichen Fragen, kaum eine Rolle.

Auch François Bayrou präsentierte sich am Wahlabend als Sieger. Sein Kampf gegen den „parti unique“ (d.h. die UMP) habe Früchte getragen. Die UDF sei nun die dritte politische Kraft im Lande, vor dem FN. Die UDF sei die einzige wahre Europa-Partei in Frankreich. Er werde sich in Europa nun daran machen, eine zentristische, pro-europäische Partei zu gründen.

Wieder einmal haben sich Bayrou und seine UDF auf Kosten der Regierungsmehrheit profiliert. Bayrou spielt die Rolle des Kritikers innerhalb der Regierungsmehrheit, ohne sich der Disziplin der Regierungsmehrheit zu unterwerfen. Damit bietet er all jenen eine Wahlalternative, die zwar gegen die Reformpolitik der Regierung Raffarin sind, oder ihr zumindest einen Denkartzettel ausstellen wollen, ohne aber gleich PS oder gar PC wählen zu wollen. Eine ähnliche Rolle spielt de Villiers und sein MPF im rechten politischen Spektrum.

So wie sich Bayrou am Wahlabend präsentierte, ist er fest entschlossen, eine neue Allianz im Rahmen des Europaparlaments zu finden. Er wird wohl nicht mehr bereit sein, in der EVP-Fraktion mitzuwirken.

Großbritannien (Thomas Bernd Stehling)

Die britischen Wähler haben der Regierung von Tony Blair bei den gleichzeitig abgehaltenen Wahlen zum Europäischen Parlament und den Teil-Kommunalwahlen eine der schlimmsten Niederlagen in der britischen Parteiengeschichte beigebracht. Die Konservativen sind aus beiden Wahlen als die erfolgreichste Partei hervorgegangen, können aber mit den Ergebnissen nicht vollständig zufrieden sein. Zwar erreichten sie mit insgesamt 38 % der Wählerstimmen bei den **Kommunalwahlen** ihren größten Erfolg über die Labour Party seit 1992, konnten aber in großen Städten wie Liverpool, Manchester oder Newcastle nicht einen einzigen Ratssitz erobern. Dagegen haben die Liberaldemokraten den Trend zu einem Dreiparteiensystem in Großbritannien mit insgesamt 30 % Wähleranteil stärken können und zugleich mit der Übernahme der Macht in Newcastle nicht nur die 30jährige Vorherrschaft von Labour in dieser Stadt brechen, sondern auch ihre Attraktivität für urbane Wählergruppen insgesamt stärken können.

Die Labour-Party verliert mehr als 460 Mandate und bisherige Bastionen wie Newcastle, Leeds oder Doncaster. Mit einem Anteil von nur 26% verwiesen die Wähler die Regierungspartei auf den dritten Rang.

Bei den Wahlen zum **Europäischen Parlament** (Wahlbeteiligung: 38,2% gegenüber 24% 1999) schnitten die **Tories mit 26,7%** am Besten ab, mußten aber Verluste von 9% hinnehmen und stellen künftig nur noch 27 Europaabgeordnete. **Labour** kam mit einem Minus von 5,4% auf insgesamt **22,6%** und 19 Abgeordnete, die populistische Anti-Europa-Partei „**UK Independence Party**“ schob sich mit einem Plus von 9,2% und einem Wähleranteil von **16,1%** auf den dritten Rang. Sie schickt 12 Abgeordnete nach Straßburg und Brüssel. Die **Liberaldemokraten** verbesserten sich um 2,3% auf **14,9%** und ebenfalls 12 Abgeordnete, die **Grünen** blieben bei **6,3%** und 2 MEP`s, und die walisische Besonderheit **Plaid Cymru** wird einen Abgeordneten stellen.

Die britischen Parteienforscher haben bereits herausgefunden, dass dieses Ergebnis für die beiden großen Parteien ein **Desaster** bedeutet: Für die Tories ist es der niedrigste Anteil, den sie je bei nationalen Wahlen seit 1832 erreicht haben, für Labour ist es der geringste Wählerzuspruch seit dem Ersten Weltkrieg.

Die ersten Untersuchungen der Wählerbewegungen zeigen, dass die UKIP insbesondere von den Tories, aber auch von Labour Stimmen gewonnen hat. Es ist eine Abstrafung der Regierung, insbesondere ihrer Irak-Politik und der als unzureichend empfundenen Reformen bei den öffentlichen Dienstleistungen.

Anders aber, als in den meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten, in denen die jeweilige Opposition von der Kritik an der Regierung profitierte, haben die Konservativen in Großbritannien ebenfalls eine empfindliche Schlappe hinnehmen müssen. Ihre Alternativen zur Regierungspolitik erscheint vielen Wählern nicht klar genug, ihre Haltung zu Europa wird vielfach als ein

„sowohl-als-auch“ empfunden, was entschiedene Europa-Befürworter eher zu den Liberaldemokraten und Europa-Kritiker zur UKIP wechseln lässt.

Michael Howards Position, in Europa zu verbleiben und im Falle der Regierungsübernahme wichtige Teile des Europäischen Vertragswerkes neu zu verhandeln, erscheint auch vielen Mitgliedern der Tories als rein taktische Haltung, die sich in Wahrheit nicht durchsetzen lässt. So kam es während des Wahlkampfes zu einer öffentlichen Unterstützung der UKIP durch vier Tory-Mitglieder des Oberhauses und vielfache Sympathieerklärungen in den Wahlkreisen. Durch eine massive Attacke der UKIP und ihrer Brandmarkung als „extremistisch“ hat Howard der Partei zusätzliche Aufmerksamkeit verschafft.

So wundert es nicht, daß die UKIP gerade in den eher konservativen Hochburgen im Süden Englands und in den Midlands gut abschneiden konnte. Im Wahlkreis East Midlands, wo die europa-skeptischen Abgeordneten Chris Heaton-Harris und Roger Helmer der Konservativen zur Wiederwahl anstanden, verzeichnete gleichwohl die UKIP ihr bestes Wahlergebnis und kam bis auf 0,3 % an die Tories heran.

Für die Führung der britischen Konservativen sind die Botschaften, die die Wähler der politischen Führung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am vergangenen Donnerstag gegeben haben, klar: „Blair has no mandate to go this week to Brussels and sign up to this wretched constitution“ (Michael Ancram MP, Schatten-Außenminister und Deputy Leader). Und: „We will fight a vigorous campaign against closer EU integration“ (Dr. Liam Fox MP, Co-Chairman). Der wiedergewählte Europaabgeordnete Roger Helmer schließlich rät seiner Partei öffentlich zu einer Politik des „wideranging disengagement from EU law“.

Und der Star dieser Tage, Robert Kilroy-Silk, ein kürzlich von der BBC wegen ausländerfeindlicher Äußerungen gefeuerter, populärer Talkmaster, der für ein paar Jahre auch einmal für die Labour Party im Unterhaus saß, beschreibt seinen Auftrag als frisch gewählter Europaabgeordneter so: „People want their country back from Brussels and we are going to get it back for them“. Kilroy-Silk ist einer von künftig 12 Europaabgeordneten der UK Independence Party, der er erst vor wenigen Wochen nach einem guten Mittagessen im spanischen Ferienhaus seines Freundes, des Earl of Bradford, der Partei beigetreten war, deren Namen er nach eigenem Bekunden bis dahin kaum zu buchstabieren vermochte.

Seither bestimmten er und die an seiner Seite „kämpfende“ frühere „Dallas“-Berühmtheit Joan Collins und ihre simple Botschaft „Raus aus der EU“ die Medien, und auch diejenigen Zeitungen, die sich selbst als „liberal“ oder „konservativ“ kennzeichnen, haben wesentlichen Anteil an dem erfolgreichen Branding der UKIP, weil sie ihr und ihren Heroen eine Aufmerksamkeit geschaffen haben, wie keinem anderen der Kandidaten.

Über Wochen hinweg war das Lager der Europabefürworter nicht wahrzunehmen, die inhaltliche Debatte war verkürzt auf alles Unheil, das aus Brüssel kommt – von der dort vermeintlich angeordneten obligatorischen Alkoholkontrolle von Autofahrern auch ohne Verdachtsmomente, bis zur Erhöhung der Autopreise durch zusätzliche Sicherheitsanforderungen, die ebenfalls in Brüssel entschieden worden sein sollen.

So werden nicht nur Wahlen entschieden, auch der Druck auf Tony Blair und die Beachtung der „red lines“ bei den Verhandlungen über den europäischen Verfassungsvertrag hat erheblich zugenommen. Ob Blair jetzt glaubt, mit diesen Wahlen das Schlimmste überstanden zu haben und nunmehr freier entscheiden zu können, wird man am Donnerstag und Freitag in Brüssel sehen. Und Michael Howard reagierte auf die Wahlergebnisse mit einer Umbildung seines Schatten-Kabinetts.

Irland (Thomas Bernd Stehling)

Am Abend des 14. Juni sind die Stimmen in den vier irischen Wahlkreisen wegen des komplizierten Wahlrechts in Irland noch nicht abschließend ausgezählt. Der bisherige Trend weist jedoch ähnliche Ergebnisse wie in anderen Ländern der EU auf. Auch in Irland erleidet die Regierungspartei Fianna Fail deutliche Verluste und muss das schlechteste Wahlergebnis seit 80 Jahren erwarten. Sie wird voraussichtlich noch vier Europaabgeordnete entsenden. Fine Gael, Mitglied der EVP-Familie, kommt bislang auf vier Abgeordnete (Gay Mitchel, Dublin, Simon Coveney, South, Jim Higgins, North West, Mairead McGuinness, East), eine fünfte (Avril Doyle) liegt in ihrem Wahlkreis East, der noch nicht endgültig ausgezählt ist, in aussichtsreicher Position. Fine Gael würde mit diesem Ergebnis den Anspruch unterstreichen, ernsthafter Herausforderer von Fianna Fail auch bei den nächsten Nationalwahlen zu sein. Großer Sieger aber mit voraussichtlich erstmals zwei Sitzen im Europäischen Parlament ist Sinn Fein von Gerry Adams.

Italien (Dr. Norbert Wagner)

In Italien fand am 13. Mai ein „Superwahlsonntag“ statt. Neben den Europawahlen wurden auch Kommunalwahlen und in etwa zwei Drittel der Regionen Regionalwahlen abgehalten. Deshalb lag die Wahlbeteiligung mit 73,1 % (+2,3 % gegenüber 1999) wohl deutlich höher als in anderen EU-Mitgliedsländern.

Auch in Italien war befürchtet worden, dass die Regierung einen Denkkzettel für unbeliebte Reformen, vor allem aber für ihre Haltung im Irakkrieg bekommen würde. Schließlich waren diese Wahlen schon ein vorgezogener Test des Zusammenhalts und der Stärke der Linken Koalition (Ulivo), die unter Führung von Romano Prodi bei den nächsten Wahlen die Regierung Berlusconi abzulösen gedenkt. Zieht man das wirtschaftlich und international ungünstige Umfeld in Betracht, so hat sich die Koalition um Premierminister Berlusconi (Casa delle Libertá) besser behauptet, als erwartet werden konnte.

Die Koalition um Premierminister Berlusconi kann sich durch das Wahlergebnis bei den Europawahlen bestärkt fühlen. Mit zusammen rund 43,4% erzielt die Casa delle Libertá von Silvio Berlusconi ein deutlich besseres Ergebnis als die Ulivo-Koalition. Zwar büßt die Forza Italia gegenüber dem Wahlergebnis des Jahres 1999 rund 4% ein, geringfügige Gewinne von AN, UDC und Lega Nord gleichen diesen Verlust aber nahezu wieder aus. Diese Gewichtsverlagerung innerhalb der Casa dürfte indes zu einigem Ärger in der Koalition führen. UDC, AN und Lega Nord werden darauf pochen, die gewonnenen Prozente in zusätzlichen politischen Einfluß umzumünzen. Neuer Streit innerhalb der Casa ist absehbar.

Die Hoffnungen der linken Olivenbaum-Koalition haben sich dagegen (zumindest diesmal) nicht erfüllt. Gegenüber den Europawahlen des Jahres 1999 verliert diese Allianz knapp 1,5%-Punkte. – Kein guter Start für die Allianz, die unter Führung von Romano Prodi im Jahr 2006 die Regierung Berlusconi abzulösen hofft.

Das vorläufige Endergebnis für Italien:

	%	Mandate
Uniti nell'Ulivo (DS, Margherita, SDI, Rep.Eur)	31,1	25
Forza Italia	21,0	16
UDC	5,9	5
Lega Nord	5,0	4
Socialisti Uniti	2,0	2
AN	11,5	9
Segni-Scognamiglio	0,5	0
Lista Emma Bonino	2,3	2
Verdi	2,5	2
Communisti Italiani	2,4	2
Union Valdôtaine	0,1	0
SVP	0,5	0
Pri i Liberal Sgarbi	0,7	0
Rifondazione Comunista	6,1	5
Di Pietro-Occhetto	2,1	2
A.P. UDEUR	1,3	1
Fiamma Tricolore	0,7	1
Alternativa Sociale (A. Mussolini)	1,2	1

Lettland (Dr. Andreas von Below)

(Allgemeine Trends in den baltischen Staaten s. Estland)

Die Wahlbeteiligung in Lettland lag mit 41, 20 % höher als in Estland. Die Verteilung der Mandate und Stimmen:

PARTEI	MANDATE	%
Für Vaterland und Freiheit“ /LNNK	4	29,82 %
Neue Zeit	2	19,68 %
Für Menschenrechte im vereinten Lettland	1	10,71 %
Volkspartei	1	6,60 %
Lettlands Weg	1	6,52 %

Auch in Lettland gibt es mit einem 30 %-Ergebnis einen eindeutigen Sieger der Wahl. Die Partei „Für Vaterland und Freiheit“ hat als einzige Partei als Wahllokomotive die bekannten Parteispitzen präsentiert und konnte damit die Aufmerksamkeit der Wähler auf sich ziehen. Es gelang ihr außerdem, den Eindruck zu verstärken, dass die Partei sowohl in Lettland als auch gegenüber der Regierung Emsis die nationalen Interessen verteidigen. Die Auszählung der Stimmengewichte für die einzelnen Kandidaten ist noch nicht abgeschlossen, so dass noch nicht feststeht, wer im Einzelnen das Mandat erhält und auch annimmt.

Es ist aber davon auszugehen, dass bei den Kandidaten der EVP- Partner Volkspartei und der „Neuen Zeit“ zumindest zwei der drei Abgeordneten aus dem Kreis der *Beobachter* im Europäischen Parlament kommen und dadurch bereits in der Fraktion bekannt sind und die Arbeitsweise des Parlaments kennen. Wesentliche Veränderungen oder Überraschungen werden sich also in der EVP- Fraktion durch die personelle Besetzung nicht ergeben.

Als Schlagzeile in der führenden Tageszeitung war zu lesen: Deutliches „Nein“ für die Regierung. „Die Wähler haben ihr Misstrauen der Regierung von Emsis, die zusammen mit den linken PCTVL- Parteien arbeitet, bestätigt“ Die Wahlergebnisse seien eine Warnung, dass ein gefährlich großer Schritt in Richtung des russischen Interesses eines „Zwei-Gesellschaften- Lettland“ gemacht worden sei, bei der Russland als „Agent“ in der EU und NATO Kontrolle und Einfluss ausüben könne.

Der Ministerpräsident äußerte sich, obwohl seine Regierung schlechte Wahlergebnisse erzielte, positiv zum Ausgang der Wahl: „Ich schätze die Ergebnisse der Europaparlamentswahl sehr positiv ein, ich bin sehr froh darüber, dass so viele für „Vaterland und Freiheit“ abgestimmt haben, dies bestätigt, dass der lettische Wähler die Situation richtig eingeschätzt hat- und zwar, dass es bei der Europawahl um die wichtigste Aufgabe geht, die nationalen Interessen zu vertreten“.

In den Kommentaren einiger Politologen heißt es weiter: Die größte Überraschung ist nicht das Ausfallen von zwei Regierungsparteien (Lettische Erste Partei und Bauernbund/Grüne (Partei des Ministerpräsidenten), sondern dass die Partei „Für Vaterland und Freiheit“ die „Neue Zeit“ überholt hat. Ein wesentlicher Faktor hierbei war, dass die Koalitionsparteien ihre Gleichgültigkeit dem Volk gegenüber demonstrierten. Auch die Grünen/ Bauernbund und die Lettische Erste Partei haben sich zu wenig bemüht.

Es ist nicht auszuschließen, dass die Ergebnisse der Europawahl die Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Emsis gefährden, weil die mitregierende Volkspartei die Fortsetzung der Regierung in Frage stellt und durchaus geneigt sein könnte, mit den Gewinnern der Europawahl zusammen zu gehen, falls Emsis keine stabile „rechte“ Mehrheit zustande bringt. Die politische Lage in Lettland bleibt instabil.

Litauen (Dr. Andreas von Below)

(Allgemeine Trends in den baltischen Staaten s. Estland)

In Litauen lag die Wahlbeteiligung bei 48 %. Diese vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung ergab sich daraus, dass neben der Europawahl die Bevölkerung auch über einen neuen Staatspräsidenten abstimmen konnte. Die Europawahl wurde dadurch aber auch überschattet, weil die Wahl des Staatspräsidenten eindeutig die größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit auf sich zog. Die Verteilung der Mandate und Stimmen:

PARTEI	MANDATE	%
Arbeitspartei	5	30,49 %
Litauische Sozialdemokratische Partei	2	14,40 %
Vaterlandsunion	2	12,35 %
Liberale und Zentrumsunion	2	11,09 %
Union der Bauernpartei und Neuer Demokratie	1	7,44 %
Liberaldemokratische Partei	1	6,80 %

Die 5 Abgeordneten der Arbeitspartei werden sich der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament anschließen. Führende litauische Politikexperten sprachen ihre Befürchtungen aus, dass durch den Sieg einer populistischen und erst vor acht Monaten gegründeten Arbeitspartei neue Instabilität in Litauen zu erwarten sei. Insbesondere wird der Vorsitzende dieser Partei, der russischer Abstammung ist und über ein großes Vermögen verfügt, bei vielen Politikexperten mit Skepsis gesehen.

Aus der Vaterlandsunion (EVP-Partner) ist zu hören, dass man mit dem Ergebnis der Europawahl im Großen und Ganzen zufrieden ist. Mit Landsbergis und Frau Andrikiene werden zwei europapolitisch und international erfahrene Politiker nach Brüssel gehen.

Die Litauischen Christdemokraten und die Christlich Konservative Soziale Union (eine Abspaltung der Christdemokraten sind jeweils mit Abstand an der 5 % Hürde gescheitert. Ihre Niederlage ist eindeutig auf den internen Machtkampf und die Streitereien zurückzuführen, die seit geraumer Zeit in der Partei herrschen. Dies bedeutet aber auch, dass den christlich-demokratisch konservativen Gruppierungen insgesamt wichtige Wählerstimmen verloren gegangen sind, die für einen weiteren Sitz im EP ausgereicht hätten.

Bei der parallel zur Europawahl durchgeführten Wahl zum Amt der Staatspräsidentin hat die ehem. Premierministerin Frau Prof. Prunskiene, die auch zum EP kandidierte, überraschend gut abgeschnitten. Sie erreichte mit 21,66 % das zweitbeste Ergebnis und wird in einer Stichwahl gegen den Kontrahenten Valdas Adamkus antreten, der sich zum wiederholten Male als Staatspräsident bewirbt (29,41 %). Frau Prof. Prunskiene hatte sich in der Amtsenthebungskampagne hinter Paksas gestellt und wird nunmehr im Gegenzug vom abgesetzten Staatspräsidenten unterstützt, der nach einem Urteil des obersten Gerichts nicht mehr zur Wahl antreten darf. Diese Unterstützung erklärt zum Teil das gute Abschneiden der Kandidatin für das höchste litauische Staatsamt. Sollte Frau Prunskiene zur Staatspräsidentin gewählt werden, dann eröffnen sich für die EVP neue Möglichkeiten für verstärkte Kontakte zu Litauen auf staatlicher Ebene.

Luxemburg (Dr. Peter R. Weilemann)

(Allgemeine Trends in den Benelux-Staaten s. Belgien)

In Luxemburg konnte die CSV am 13. Juni 2004 ein Mandat hinzugewinnen und nimmt nun drei der sechs luxemburgischen Sitze ein. Sie konnte ihren Wähleranteil auf um 6.5% auf 37.15% verbessern. Trotz eines nur relativ geringen Stimmenverlustes von 1.5% musste die LSAP einen Sitz abgeben und ist nun nur noch mit einem Sitz in der SPE vertreten. Die anderen beiden Sitze konnten von der grünen Déi Gréng und der liberalen DP verteidigt werden.

Auch in Luxemburg traten die Europawahlen wegen der zeitgleichen nationalen Wahlen in den Hintergrund. Im Vordergrund standen die nationale Sozialpolitik sowie das Problem der Arbeitslosigkeit – ohne eine Brücke zur Europapolitik oder der Bedeutung des Europäischen Parlaments in diesem Zusammenhang zu schlagen. Neben den nationalen Themen gab es aber auch eine Diskussion zu kritischen Fragen der Steuerharmonisierung in Europa.

In den Wahlprogrammen wurden außerdem Themen wie die Rolle Europas in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Asylpolitik oder die wirtschaftlichen Erfolge der EU angesprochen. Insgesamt wurden diese Bereiche jedoch nicht besonders kontrovers diskutiert. Auch zeichnet sich Luxemburg insbesondere im Vergleich zu den Niederlanden durch das Fehlen euroskeptischer Parteien aus. Offizielle Angaben von Luxemburg in die EVP-ED

Fraktion schickt, liegen noch nicht vor. Die ersten Plätze waren der alten, jetzt wiedergewählten Regierung vorbehalten. Die derzeitige Kommissarin, Vivianne Reding, ist auf Platz acht gesetzt. Jacques Santer kandidierte nicht mehr.

Luxemburg : 6 Sitze (zuvor 6)

Partei	Fraktion	Stimmen-Anteil 2004	Stimmen-Anteil 1999	Sitze 2004-2009	Sitze 1999-2004
CSV	EVP-ED	37.15 %	31.65 %	3	2
LSAP	SPE	22.05 %	23.58 %	1	2
Déi Gréng	Verts/ALE	15.04 %	10.73 %	1	1
DP	ELDR	14.89 %	20.45 %	1	1

Niederlande (Dr. Peter R. Weilemann)

(Allgemeine Trends in den Benelux-Staaten s. Belgien)

Bei den Europawahlen in den Niederlanden am 10. Juni ging die christdemokratische Partei CDA als Sieger hervor. Mit 24.7% der Stimmen behaupteten sie sich mit 1.1 Prozentpunkten vor dem sozialdemokratischen Herausforderer PvdA (23.6%), verloren aber im Vergleich zu den Wahlen in 1999 2.2% der Stimmen und zwei Sitze. Beide kommen mit diesem Ergebnis auf sieben Sitze im Europäischen Parlament. Die liberale Partei VVD, Koalitionspartner in der Regierung Balkenende, verliert zwei von sechs Sitzen und kommt auf 13.2% der Stimmen. Die Demokraten D66, die dritte Regierungspartei, bekam 4.2% der Stimmen und hat nur noch einen Sitz. Überraschend war der Erfolg der neuen euroskeptischen Partei Europa Transparant. Die Partei des ehemaligen Kommissionsbeamten Paul van Buitenen, der Korruption einzelner Mitglieder der Kommission Santer an die Öffentlichkeit brachte und diese so letztlich zu Fall brachte, errang auf Anhieb 7.4% der Stimmen und damit 2 Sitze. Auch die GroenLinks verliert zwei Sitze und erreicht nur noch 7.4% der Stimmen und nur noch zwei Sitze. Auch die eurokritische SP kann sich auf 7% verbessern und hat nun zwei Sitze im EP. Die Christen Unie/SGP kann ihre zwei Sitze trotz Stimmverlusten verteidigen. Sie kommt auf 5.9% der Stimmen. Alle anderen Parteien, die sich zu Wahl stellten - Democratisch Europa, Lijst Pim Fortuyn, nieuw Rechts, Partij voor de Dieren, Partij voor het Noorden, Respect.Nu – werden nicht im EP vertreten sein. Die Wahlbeteiligung lag bei 39.1% und ist damit deutlich gestiegen, im Jahr 1999 gingen nur 29.9% der wahlberechtigten Niederländer an die Urnen.

Europapolitisch stand v.a. die Rolle der Niederlande als Nettozahler im Vordergrund. Ein zweites großes Thema war die fehlende Transparenz europäischer Politik. Insbesondere die neu gegründete Partei „Europa Transparent“, aber auch andere euroskeptische Parteien wie die SP versuchten daraus Kapital zu schlagen. In den Kampagnen „Europa Transparants“ wurden insbesondere das Thema Korruption sowie die bürokratischen und institutionellen Unzulänglichkeiten der EU behandelt. In der Verfassungsdiskussion rückte das Thema Zukunft und die Chancen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in den Vordergrund. So warb Camille Eurlings, der die Liste der Christdemokraten anführte, für eine Einschränkung des Vetorechts in Fragen der Außenpolitik. Auch der Listenerste der PvdA – Max van den Berg – und die Listenerste der Groene Links – Kathalijne Buitenweg – stimmen ihm zu. Der liberale Spitzenkandidat der VVD – Jules Maaten – hielt eine qualifizierte Mehr-

heit jedoch für unrealistisch in diesen Fragen. In der Schlussphase des Wahlkampfes versuchten die Sozialisten nochmals das Irakthema gegen die Regierung auszuspielen. Am 11. Juni allerdings beschloss das niederländische Parlament die Verlängerung der Stationierung der Stabilisierungstruppen im Irak.

Für die regierende CDA war es kein leichter Wahlkampf. Da die Niederlande ab Juli 2004 die EU-Präsidentschaft übernimmt, hatte sich Premierminister Balkenende große Zurückhaltung auferlegt, so auch in der Türkeifrage. Gleichzeitig verursachte der größere Koalitionspartner, in sich in der Europapolitik zerstritten, mit anti-europäischen Ressentiments Politik zu machen und damit auch die Koalition zu gefährden. Die Strategie des jungen Hoffnungsträgers des CDA, Camille Eurlings, nichts zu beschönigen, die pro-europäische Grundorientierung seiner Partei aber offensiv zu vertreten, erwies sich deshalb als richtig. Neben Eurlings werden Corien Wortmann-Kool, Lambert van Nistelrooij und Joop Post neu ins Parlament einziehen. Maria Martens, Albert-Jan Maat und Bert Doorn wurden bestätigt.

Wahlergebnisse in den Niederlanden: 27 Sitze (zuvor 31)

Partei	Fraktion	Stimmen-Anteil 2004	Stimmen-Anteil 1999	Sitze 2004-2009	Sitze 1999-2004
CDA	EVP-ED	24.7 %	26.94 %	7	9
PvdA	PES	23.6 %	20.11 %	7	6
VVD	ELDR	13.2 %	19.69 %	4	6
Groen Links	Vers/ALE	7.4 %	11.85 %	2	4
EurTrans		7.3 %	-	2	-
SP	GUE/NGL	7.0 %	5.04 %	2	1
CU/SGP	EDD	5.9 %	8.73 %	2	3
D66	ELDR	4.2 %	5.80 %	1	2

Polen (Dr. Henning Tewes)

Mit knapp 20% lag die **Wahlbeteiligung** bei den ersten Europawahlen in Polen noch niedriger, als viele Beobachter angenommen hatten. Neben der Tatsache, dass viele Polen mit dem Europäischen Parlament noch nicht viel anfangen können, scheint vor allem die Frustration über die Politik in Polen selbst zu der weit verbreiteten Apathie geführt zu haben. Zwar liegt die Wahlbeteiligung in Polen seit 1989 auf europaweiten Tiefständen zwischen 45-55%. Für das Referendum im Juni 2003 aber war es gelungen, fast 60% der Bevölkerung zur Abstimmung zu bewegen. Vor diesem Hintergrund ist das geringe Interesse an europäischen Themen heute auch ein Hinweis auf den Vertrauensverlust, den die Politik insgesamt in den letzten Monaten hinnehmen musste.

Bei einer so niedrigen Wahlbeteiligung muss jedes Abschneiden der einzelnen Parteien mit einem Hinweis auf die Mobilisierung ihrer Anhängerschaft versehen werden. So zeigt das **vorläufige amtliche Endergebnis** zwar einen deutlichen Sieg der *Bürgerplattform* (PO). Die 23% und 15 Sitze, welche die PO errang, sind aber deutlich niedriger, als viele Beobachter erwartet und als die Parteistrategen erhofft hatten. Offensichtlich ist es der PO nicht gelungen, gerade ihre besser situierten Anhänger rechtzeitig von Wochenendausflügen zurück in die Städte und an die Wahlurnen zu bringen. Das gute Ergebnis für die national-katholische *Liga der Polnischen Familien* (LPR) mit 16% und 10 Sitzen wird allseits durch die Disziplin

ihrer Anhängerschaft erklärt. Die LPR hat vor allem unter älteren, weiblichen Wählern hohe Zustimmungsraten. Offensichtlich ist es gelungen, diese zu mobilisieren. Im Gegensatz zur LPR hat Andrzej Leppers *Selbstverteidigung* (Samobrona) mit nur 15% eine deutlich niedrigere Zustimmung erhalten, als ihr in den Umfragen vorhergesagt worden war. Scheinbar war ihre Wählerschaft weniger motiviert. Lepper selbst schwankt zwischen der Befürwortung und der Ablehnung von Polens EU-Mitgliedschaft und musste deswegen die Rolle des Meinungsführers in dieser Frage an die entschieden nationalistische LPR abgeben. Die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) hat mit 12% und 7 Sitzen eine Punktlandung geschafft. Genau dieses Ergebnis war ihr in den Umfragen vorher gesagt worden.

Überraschend gut hat die SLD abgeschnitten. Die in den letzten Wochen arg gebeutelte Partei von Ex-Ministerpräsident Miller hatte in den Prognosen sogar Probleme gehabt, überhaupt über die 5%-Hürde zu kommen. Mit fast 9% in den Europawahlen ist sie nun stabilisiert. Auch sie dürfte von der Disziplin ihrer Kern-Anhängerschaft profitiert haben. Die schlimmsten Befürchtungen haben sich auch im Falle der *Bauernpartei* PSL nicht bewährt. Mit fast 8% und 5 Sitzen ist auch sie im Europäischen Parlament vertreten. Ein Comeback gelang der Freiheitsunion (UW), die einst EVP-Mitglied war und nach dem Ausscheiden der Gruppe um Donald Tusk und der Gründung der *Bürgerplattform* zu den Europäischen Liberalen überwechselte. Sie scheint mit gut 6% und 4 Sitzen ihre politische Dürreperiode überdauern zu haben. Die *Freiheitsunion* profitierte von ihren bekannten Kandidaten: Vor allem in Warschau (Geremek), Krakau (Onyszkiewicz) und Posen (Kulakowski) konnte sie gute Ergebnisse verbuchen. Die SDPL – eine Abspaltung der SLD – scheiterte überraschend an der 5%-Hürde.

Die Europawahlen verdecken die verfassungsrechtlich wichtige Tatsache, dass Präsident Kwasniewski am 11. Juni die **Regierung Belka** erneut ernannte und ihr nach ihrem offiziellen Rücktritt am 14. Mai daher die Möglichkeit gab, sich im Sejm erneut der Vertrauensfrage zu stellen. Dieser Schritt muss innerhalb von 14 Tagen erfolgen. In den letzten Tagen hatten sich Spekulationen genährt, dass die generelle Frustration über die Patt-Situation im Sejm die Chancen auf Neuwahlen noch im August erhöhen könnte. Vor allem der Nervenkrieg zwischen der SLD und Präsident Kwasniewski auf der einen Seite und der Abspaltung von der SLD unter Marek Borowski (SDPL) auf der anderen Seite war für viele Menschen weitgehend undurchsichtig geblieben. Heute gehen die Beobachter davon aus, dass Borowski nach seinem schwachen Abschneiden bei der Europawahl an einem schnellen Wahltermin im August nicht gelegen sein könne. Die neue Partei bräuchte Zeit, um ihre Parteistrukturen auf Regional- und Kommunalebene aufzubauen. Erst dann könne sie es mit ihrem ärgsten Konkurrenten auf der linken Seite des politischen Spektrums, der SLD, ernsthaft aufnehmen. Daher sei es wahrscheinlich, dass Borowski bei der Vertrauensabstimmung Belka unterstütze. Dies gäbe Belka die notwendigen 30 Stimmen. Unklar sei dabei nur, welches gesichtswahrende Angebot Belka und Kwasniewski Borowski unterbreiten. Vieles deutet darauf hin, dass dieses Angebot sich auf den Wahltermin konzentriert. Belka bevorzugte bisher den Juni 2005, Borowski den September 2004. Eine Einigung auf Februar oder März 2005 scheint daher eine Möglichkeit zu sein, beide Seiten zu befriedigen.

Insgesamt zeigt sich als **Fazit**, wie zersplittert die polnische Parteienlandschaft ist und wie sehr radikale und populistische Parteien auf die Unterstützung der Bevölkerung zählen können. Dies gilt besonders bei einer schwachen Wahlbeteiligung. Im September 2001 vereinigte die SLD bei einer Wahlbeteiligung von 47% fast 5 Millionen Stimmen auf sich und erreichte damit 42%. Die Bürgerplattform konnte gestern für ihre 23% aber nur 750.000 Stimmen für sich verbuchen.

Die niedrige Wahlbeteiligung wäre eine große Unbekannte für Parlamentswahlen im August und beträfe wiederum vor allem die *Bürgerplattform*, die auf viele Wähler verzichten müsste, die im August im Urlaub sind. Zwar genossen die Vertreter der PO gestern im Fernsehen ihren Sieg sichtlich. Jan Rokita äußerte sogar, bei einem solch glänzenden Ergebnis habe er selbst vor Wahlen im August keine Angst mehr. Die berechtigte Freude über den Wahlsieg

darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass PO und PiS aus heutiger Sicht nicht in der Lage wären, gemeinsam eine Koalition zu bilden. Sie bräuchten dafür zumindest einen weiteren Partner, sei es im Zentrum (*Freiheitsunion*) oder auf der Rechten (Bauernpartei, LPR). Dies würde für die Stabilität der Regierung nichts Gutes bedeuten und ihre Lebenschancen wohl auf 1-2 Jahre beschränken.

Portugal (Michael Däumer)

Mit rund 45 Prozent ist die Sozialistische Partei (PS) klarer Gewinner der Europawahl. Sie konnte ihr Ergebnis von vor fünf Jahren geringfügig verbessern und wird mit 12 Abgeordneten ins Europaparlament einziehen. Schwere Verluste mußte die EVP-Mitgliedspartei PSD, die mit dem europakritischen Partido Popular (PP) gemeinsam angetreten war, hinnehmen und kommt zusammen nur noch auf knapp 33 Prozent (PSD und PP 1999: 39,3 Prozent). Insgesamt wird der PSD mit sieben und der CDS/PP mit zwei Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Die kommunistische CDU büßte 1,3 Prozent ein und erzielte 9 Prozent. Sie behält jedoch ihre zwei Mandate im Europaparlament. Der erstmals angetretene Block der Euroskeptiker bekam entgegen allen Befürchtungen nur ein Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 24 Prozent und war damit rund 16 Prozent niedriger als vor fünf Jahren. Als Grund wurde die Fußballeuropameisterschaft genannt.

Gründe für das schlechte Abschneiden der PSD liegen vorwiegend darin, dass sich die Mehrheit der PSD-Anhänger gegen eine gemeinsame Europaliste der PSD mit dem Koalitionspartner CDS/PP ausgesprochen hatte. Bereits im Vorfeld der Europawahl wurden Befürchtungen laut, das Zusammengehen mit dem europakritischen Partido Popular (PP) könnte den Sozialdemokraten Stimmen und damit Mandate kosten. Darüber hinaus wurde innerparteilich kritisiert, dass durch die gemeinsame Liste der PP „über die Hintertür“ in die EVP wiederaufgenommen werden könnte, nachdem die Partei Anfang der neunziger Jahre aufgrund ihrer anti-europäischen Haltung aus der EVP ausgeschlossen worden war.

Der einflußreiche Mitbegründer der PSD Miguel Veiga hatte die gemeinsame Listenaufstellung heftig mit dem Hinweis kritisiert, dass es nach wie vor „erhebliche Differenzen in der Europapolitik“ zwischen den beiden Parteien gäbe, „vor allem mit dem PP des Paulo Portas.“ Er kündigte daher an, bei der Europawahl seine Partei wählen zu wollen, aber den Namen des PP auf dem Wahlzettel durchzustreichen. Aus „politischer Rason“ heraus wolle er weiterhin die Regierungskoalition unterstützen, aber darauf sollte sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien beschränken.

Die schlechten Wahlergebnisse sind aber auch auf das zunehmend sinkende Ansehen der seit April 2002 regierenden PSD/PP-Koalition unter Ministerpräsident José Manuel Durão Barroso zurückzuführen, die unter wachsenden Wirtschaftsproblemen, Skandalen und mangelnder Reformfähigkeit leidet. Mit der Erweiterung der EU wird zudem befürchtet, dass die dringend benötigten europäischen Subventionen auf Kosten Portugals weiter abnehmen werden. Das Überleben der jetzigen Regierung hängt im Wesentlichen davon ab, ob sich Durão Barroso in den Verhandlungen um die für 2007 avisierte europäische Finanzverfassung durchsetzen kann.

Als letzter Grund für das Absacken der PSD bei der Europawahl wird der plötzliche Tod des 61-jährigen sozialistischen Spitzenkandidaten Sousa Franco drei Tage vor der Wahl gesehen. Die Trauer um den beliebten Politiker hat ein Mitleidseffekt in der Wahlbevölkerung vor allem auf Kosten der PSD ausgelöst.

Im Hinblick auf Brüssel ist zu erwarten, dass sich zunächst ein Streit innerhalb der PSD um die individuelle Aufnahme der zwei PP-Abgeordneten in die EVP-Fraktion entwickelt. Während die Parteiführung eine individuelle Aufnahme der zwei CDS/PP-Abgeordneten

nach der Satzung der EVP-Fraktion befürwortet, stellt sich die Parteibasis klar gegen diese Entscheidung. Es ist mit heftigen innerparteilichen Auseinandersetzungen zu rechnen. Ministerpräsident Durão Barroso befindet sich nach internen Verlautbarungen in einer „politischen Sackgasse“, denn stemmt sich die Basis erfolgreich gegen eine Aufnahme des CDS/PP in die EVP-Fraktion, könnte dies zu einem Bruch der Regierungskoalition führen. Setzt sich allerdings Durão Barroso durch, dann muss er mit heftigen Einbußen spätestens bei den nächsten Nationalwahlen rechnen.

Insgesamt aber ist davon auszugehen, dass der PSD die europafreundliche Linie innerhalb der EVP fortsetzen wird. Der PSD-Fraktionsgruppe ist daran gelegen, insbesondere den Kontakt zu den Fraktionsmitgliedern aus Deutschland und Frankreich zu intensivieren, um auf diese Weise eine positive Grundstimmung gegenüber den portugiesischen Forderungen hinsichtlich der nächsten europäischen Finanzverfassung zu erzeugen. Die Portugiesen haben mehrmals betont, dass sie die beiden Länder als die Motoren der EU ansehen. Portugiesisches Wohlwollen in der Europapolitik wird zunehmend von der Bereitschaft der EU, Portugal weiterhin finanziell zu unterstützen, abhängen.

Mit einem zufriedenen Ministerpräsidenten Durão Barroso konnte angesichts der Wahlschlappe nicht gerechnet werden. Er behielt jedoch die Fassung und drückte seine Freude aus, dass die Euroskeptiker gerade mal ein Prozent erreicht hatten. Dies sei trotz der Niederlage die beste Nachricht des Tages, betonte Durão Barroso. Er gestand allerdings seine Niederlage ein, die er mit der geringen Wahlbeteiligung begründete.

Aus parteiinternen Kreisen wird berichtet, dass der PSD mit einer Krise zu rechnen hat. Aufgrund der Unzufriedenheit mit dem europakritischen und rechtskonservativen Koalitionspartner CDS/PP wird spekuliert, dass Ministerpräsident Durão Barroso eine Kabinettsumbildung bis spätestens September diesen Jahres vornehmen wird, um die Gemüter zu beruhigen. Inwieweit jedoch die Kabinettsmitglieder des CDS/PP von dieser Umbildung betroffen sein werden, ist derzeit nicht abzusehen.

Ergebnisse der Europawahl in Portugal vom 13. Juni 2004 im Vergleich zu den EP-Ergebnissen 1999:

Wahlbeteiligung

1999	2004
40,4 %	24%

Anzahl MdEP

1999	2004
25	24

Parteien	% 2004	Sitze 2004	% 1999	Sitze 1999	EP-Fraktion
Partido Socialista	44,5	12	43,2	12	SPE
PSD-CDS/PP*	33,2	9			EVP (7+2)**
P.Social.Democrata	-	-	31,1	9	EVP
Partido.Popular/CDS	-	-	8,2	2	UFE
Partido Comunista CDU	9	2	10,3	2	VEL
Bloco de Esquerda	5	1	-	-	-
Sonstige	7	-	7,4	-	-

Anmerkungen:

* Erstmals 2004 trat die Regierungskoalition PSD-CDS/PP mit gemeinsamer Liste an.

** Über eine individuelle Aufnahme der zwei CDS/PP-Abgeordneten in die EVP-Fraktion muß noch verhandelt werden.

Schweden (Thomas Bernd Stehling)

Eine geringe Wahlbeteiligung (37,2%) und anhaltende Europa-Skepsis kennzeichnen die bisherigen Ergebnisse in Schweden, wo das endgültige Ergebnis erst für Mittwoch erwartet wird. Einen Überraschungserfolg verzeichnet eine neue Partei, die June List, gegründet von Mitgliedern der Wirtschaftselite in Stockholm, die nach den bisherigen Auszählungen auf Anhieb bei 14,4% und drei Mandaten landet. Die Partei will Sammelbecken „bürgerlicher Europa-Skeptiker“ sein, denen die Konservativen von Moderaterna und Christdemokraten zu europa-freundlich sind. Christdemokraten (1 MEP) wie Moderaterna (4 MEP) verlieren um 2% und kommen auf 5,7% bzw. 18,2%. Zu den Verlierern gehören auch die regierenden Sozialdemokraten, die 24,7 (-1,4%) und 5 Abgeordnete erwarten können, die Grünen (-3,6%), die Linksozialisten (-3%) und die FP (-4%, 2 MEP). Hinzugewinnen kann nur das Centrum (0,3%), das künftig einen Abgeordneten entsendet. Die EVP-Fraktion wird durch dieses Ergebnis in Schweden um ein Mandat geschwächt.

Slowakei (Dr. Stefan Gehrold)

In der Slowakei fand am Sonntag die erste Europawahl in der Geschichte des Landes statt. Sieger der Wahl waren unerwartet die Regierungsparteien des politischen Zentrums, die durchweg als integrationsfreundlich gelten. Europaskeptische Kräfte wurden nicht gestärkt. Deutsche Analytiker hatten am Wahlabend behauptet, die Skeptiker hätten in Mittel- und Osteuropa gewonnen. Auf die Slowakei traf diese Aussage zweifellos nicht zu.

Die Wähler konnten ihre Stimme Kandidaten aus 17 politischen Parteien geben, wobei die gesetzlich vorgeschriebene 5%-Hürde von fünf Parteien überwunden wurde. Gewählt wurde im Verhältniswahlssystem, zur Abstimmung standen nationale Parteilisten. Durch die Möglichkeit der Vergabe einer Präferenzstimme konnten auch Kandidaten von hinteren Listenplätzen aufrücken und ein Mandat erlangen.

Die Ergebnisse der Wahl spiegelten die Situation im slowakischen Parlament wider: die regierende Koalition gewann acht Mandate, die Opposition sechs. Die meisten Stimmen, 17,09 %, erhielt die regierende Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ) des Ministerpräsidenten Mikulas Dzurinda, die somit 3 Sitze im EP gewann. Es folgte die nationalistisch-populistische Volkspartei – Bewegung für eine Demokratische Slowakei (ĽS-HZDS), die Partei des ehemaligen Ministerpräsidenten Meciar mit 17,04 % (3 Mandate im EP). Nicht erfüllen konnte die hohe Erwartungen die linkspopulistische SMER Robert Ficos, die nur 16,89 % (3 Mandate im EP) erringen konnte. Ihr folgte die konservativ-religiöse Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) mit 16,19 % (3 Mandate im EP) und die Partei der Ungarischen Koalition (SMK) mit 13,24 % (2 Mandate im EP). Die mitregierende liberale Allianz des Neuen Bürgers (ANO) bekam nur 4,65 % der Stimmen und blieb somit ohne Mandat im EP. Außer der ANO konnten sämtliche Regierungsparteien (SDKÚ, KDH und SMK, alle Mitgliedparteien in der EVP) ihren Stimmanteil im Verhältnis zu den letzten nationalen Wahlen ausbauen.

Das von der SDKÚ abgespaltene Freie Forum erhielt 3,25 % der Wählerstimmen und blieb ebenso wie die nationalistischen Parteien SNS und PSNS (erhielten insgesamt nur 2,01 %) und die Kommunisten (KSS: 4,54 % der Stimmen) unterhalb der 5%-Hürde.

Die EVP-ED-Fraktion werden daher 8 slowakische Abgeordnete (SDKÚ, KDH, SMK) und die PES-Fraktion 3 Abgeordnete (SMER) verstärken. Nach den Statuten der EVP-Fraktion besteht für die Aufnahme der EVP-Mitgliedsparteien ein Automatismus. Die Parlamentarier dieser Parteien (hier: SDKÚ, SMK und KDH) sind, wenn sie es wollen, ohne weitere Zwi-

schensritte Mitglieder der Fraktion. Die HZDS – Abgeordnete bleiben fraktionslos. Insgesamt stehen der Slowakei im Europäischen Parlament (EP) 14 Sitze zu.

Die eigentliche Überraschung neben der niedrigen Wahlbeteiligung war die Tatsache, dass entgegen allen Umfragen die konservativen Regierungsparteien keine Einbußen hinnehmen mussten. Dies trotz der sicherlich radikalsten Wirtschaftsreformen, die ein EU-Mitgliedsland überhaupt zu verkraften hatte. Die Slowakei widerlegte damit nicht nur die These, praktisch in allen Mitgliedsländern wären die Regierungen „abgewatscht“ worden, sondern bewies darüber hinaus, dass harte Reformen, wenn sie greifen, und, wie im Fall der Slowakei erhebliches Wirtschaftswachstum generieren, auch von der Bevölkerung politisch honoriert werden können. Es muss allerdings eingeräumt werden, dass die niedrige Wahlbeteiligung wirklich verlässliche Aussagen hinsichtlich der Wählerpräferenzen nicht ermöglicht.

Die Wahlbeteiligung war tatsächlich noch niedriger als erwartet. Von den 4.210 463 Wahlberechtigten nahmen an der Wahl nur 714.508 teil, was einer Beteiligung von 16,96 % (!) entspricht. Es war die niedrigste Teilnahme unter allen EU-Mitgliedstaaten. Im Vergleich zu den Nationalwahlen im September 2002 lag die Teilnahme viel niedriger. An der Parlamentswahl nahmen damals 70,06 % der Wahlberechtigten teil, von denen 15,09 % ihre Stimme der regierenden SDKU gaben, 19,5 % der ĽS-HZDS, 13,46 % der SMER, 8,25% der KDH, 11,16 % der SMK, 8,01% der ANO, 6,32 % der KSS.

Die Wahlkampagne vor der Europawahl in der Slowakei war nach Meinung der meisten Beobachter langweilig, oberflächlich und ohne große Themen. Eine umfassende Diskussion zum Thema EU fand weder vor dem Referendum zum EU-Beitritt im Mai 2003 noch vor der Europawahl 2004 statt. Keine Spannungen, keine Konfrontation. Allein die KDH bemühte sich, das Thema der Souveränität der EU-Staaten in kulturellen und ethischen Fragen zu eröffnen. Eine echte Diskussion entwickelte sich jedoch nicht. Die Interessen der Bürger gehen derzeit in eine andere Richtung; hier dominieren die innenpolitischen Probleme, Arbeitslosigkeit, Reform des Gesundheits- und Rentensystems. Europa ist noch bei vielen Slowaken ein zweitrangiges Thema, über das schon im Referendum 2003 entschieden wurde und das keinen großen Einfluss auf das alltägliche Leben hat.

Ohne Zweifel spielte auch Wahlmüdigkeit eine Rolle. Die Slowaken hatten erst im Mai in zwei Wahlgängen einen neuen Präsidenten zu wählen. Der erste Wahlgang war zusätzlich mit einem Referendum über vorgezogene Neuwahlen verbunden. Die Regierung und die politischen Parteien riefen zwar immer wieder zur Teilnahme an der Wahl auf, von einem richtigen **Wahlkampf** konnte aber kaum die Rede sein. Der Beobachter konnte den Eindruck gewinnen, dass die Parteien materiell, personell und konzeptionell müde waren vom hohen Rhythmus der Wahlkämpfe. Generell wurde betont, dass jetzt auch die Slowakei in der EU mitreden dürfe, dass sie an gemeinsamen Entscheidungen teilhaben könne. Das Thema der Bewahrung nationaler Identität im gemeinsamen Europa wurde auch häufig besetzt.

Die Wahlkampagnen konzentrierten sich auf die Vorstellung der Kandidaten. Allerdings hatten die Parteien als Kandidaten weniger bekannte oder sogar ganz unbekannte Personen benannt, so dass für den Wähler das einzige Wahlkriterium die Parteizugehörigkeit sein konnte. Eine der wenigen Ausnahmen war die Benennung des Spitzenkandidaten Peter Šťastný seitens der SDKU. Der zukünftige Europaparlamentarier ist slowakischer Nationalheld und spielte viele Jahre als Eishockeyprofi in der NHL.

Die SDKU umschrieb folgende Prioritäten ihrer Europa-Politik: die Einführung der gemeinsamen Währung und der Beitritt der Slowakei zum Schengener Abkommen. Die drei Abgeordneten der **SDKU** gelten als europafreundlich und werden in der Fraktion aller Voraussicht nach eine positive Rolle spielen. Im Wahlprogramm der **KDH** dominierten Themen wie das der kulturellen und religiösen Wurzeln Europas und der Souveränität der EU-Staaten in kulturellen und ethischen Fragen. Die KDH will sich für traditionelle Werte ein-

setzen und Maßnahmen zur Bewahrung und zum Schutz der Familie unterstützen. Ihre Abgeordneten gelten als christlich geprägt und wertkonservativ. Die KDH ist übrigens die Partei des slowakischen Kommissars, Jan Figel'. Auch die 3 Abgeordneten der KDH gelten nicht als Integrationsgegner. Den Kurs der EVP-ED-Fraktion werden sie zweifellos unterstützen.

In ihrer Deklaration zur Europawahl hob die **SMK** die Bedeutung der regionalen Entwicklung hervor und mit Hinweis auf die Ungarische Nation betonte sie, dass die Wiedervereinigung Europas zur Belebung der natürlichen Regionen beitragen wird. Regionalentwicklung, Minderheitenrechte und Kampf gegen Diskriminierung waren die drei wichtigsten Themen der SMK vor der Europawahl. Die SMK ist die Partei der ungarischen Minderheit in der Slowakei und kann als solche ganz auf die Unterstützung dieser Wählerklientel bauen. Sie gilt als extrem integrationsfreundlich.

Die Medien reagierten umgehend auf das Wahlergebnis. Im Mittelpunkt der Berichterstattung standen die niedrige Wahlbeteiligung und das überraschend gute Abschneiden der regierenden KDH und SDKÚ. Die mitregierende liberale ANO blieb ohne Mandat, hieß es weiter. Der von manchen politischen Kommentatoren angekündigte und von vielen Analytikern erwartete große Erfolg der Partei SMER habe sich nicht eingestellt. Auch die „Partei des Dritten Weges“ müsse sich mit 3 Mandaten zufrieden stellen. Die ĽS - HZDS gewann ebenfalls drei Mandate, die Abgeordneten bleiben im EP jedoch fraktionslos, wurde berichtet.

Schon vor der Wahl befassten sich die Medien mit dem Phänomen der niedrigen Wahlbeteiligung. Als Gründe dafür wurden die Unzufriedenheit mit der Politik der Regierungskoalition genannt. Auch Desinteresse an Politik überhaupt und an Europapolitik speziell, ungenügende Aufklärung, teilweise sogar Desinformation über die EU und das EP könnten Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung sein. Bei aller Kritik und Skepsis wegen der geringen Wahlbeteiligung bleibt die Slowakei für die EVP eine „Bank“. Von den 14 Abgeordneten des Landes stellen die EVP-Mitgliedsparteien 8. Eine eindrucksvolle Unterstützung für die Fraktion Hans-Gert Pötterings aus dem Land Mittel- und Osteuropas, das als einziges Beitrittsland einen christdemokratischen Ministerpräsident hat.

Slowenien (Dr. Christian Schmitz)

Zur Überraschung der Beobachter weist das vorläufige amtliche Endergebnis die beiden konservativen Parteien NSi und SDS als Sieger der ersten Europawahl in Slowenien aus. Vier von sieben Abgeordneten des neuen Europäischen Parlaments, die aus Slowenien entsandt werden, kommen aus diesen Parteien. Beide sind Mitglieder der Europäischen Volkspartei. Nachfolgend die Wahlergebnisse:

Partei	Europa- wahlen 2004	insg. 7 Sit- ze im Eu- ropäis. Parlament	Parla- ments- wahlen 2000	Gesamt sitze nation. Parla.
Nova Slovenija – Krscanska Ljudska Stranka (NSi) Neues Slowenien - Christliche Volkspartei	23,48 %	2	8,6 %	8
Liberalna Demokracija Slovenije (LDS) Liberale Demokratie Sloweniens (im Wahl- bündnis mit der Rentnerpartei DESUS)	21,93 %	2	36,3 %	34
Slovenska demokratska Stranka (SDS)	17,68 %	1	15,9 %	14

Slowenische Demokratische Partei				
Združena Lista Socialnih Demokratov (ZLSD) Vereinigte Liste der Sozialdemokraten	14,17 %	1	12,1 %	11
Slovenska Ljudska Stranka (SLS) Slowenische Volkspartei	8,44 %	1	9,6 %	9
Slovenska Nacionalna Stranka (SNS) Slowenische Nationalpartei	5,04 %		4,4 %	4
Bemerkung: Die oben aufgeführten Wahlergebnisse beziehen sich ausschließlich auf die wichtigsten politischen Parteien Sloweniens Wahlbeteiligung: 28,34%				

Zweierlei ist an dem slowenischen Wahlergebnis auf den ersten Blick bemerkenswert. Erstens sind die Gewinner der Wahl die drei der EVP angehörenden konservativen Oppositionsparteien NSi, SDS und SLS, auch wenn letztere mit 8,4% kein überragendes Ergebnis erzielen konnte. Vor dem Hintergrund, dass sowohl Regierung wie Opposition die Europawahlen nur als Probelauf für die Parlamentswahlen im Herbst angesehen haben, wird hier eine interessante Tendenz deutlich, die bei einer Wahlbeteiligung von nur 28,3% aber auch direkt wieder relativiert werden muss. Und zweitens liegt der interessante Aspekt des Wahlergebnisses in dem starken Zugewinn an Stimmen für die NSi. Gegenüber den Parlamentswahlen des Jahres 2000 legte sie von 8,6% auf 23,4% der Stimmen zu und wurde knapp vor der regierenden postkommunistischen LDS zur stärksten politischen Kraft.

Nach übereinstimmender Meinung aller Beobachter hat der überraschende Erfolg der christdemokratischen NSi vor allem einen Vater. Dies ist **Alojz Peterle**, der ehemalige Regierungschef nach der politischen Wende in den 90er Jahren. Wie kein zweiter slowenischer Politiker verkörpert Peterle europapolitische Kompetenz, welche die NSi in einem geschickt personalisierten Wahlkampf für sich zu nutzen verstand. Darüber hinaus ist es der Partei unter der Führung von Dr. Andrej Bajuk gelungen, eine für slowenische Verhältnisse bisher beispiellose bürgernahe Wahlkampagne zu organisieren und selbst in den entlegensten Gebieten des Landes präsent zu sein. Die „Eurobus-Kampagne“ der NSi dürfte bei den Parlamentswahlen im Herbst einige Nachahmer finden.

Entscheidend für die Stimmenmehrheit der drei konservativen EVP-Mitgliedsparteien war darüber hinaus, dass die slowenischen Wähler, wie in den übrigen EU-Ländern auch, ihrer aktuellen Regierung einen Denkkzettel verpassen wollten. Die mit einer kurzen Unterbrechung seit über zwölf Jahren regierenden Liberaldemokraten und ihre Koalitionspartner waren in der jüngsten Zeit erheblicher Kritik unterworfen. Nur bruchstückhaft durchgeführte Reformen, eine ins Stocken geratene Privatisierung staatlicher Betriebe, die undurchsichtige Verflechtung von Politik und Wirtschaft, Korruptionsvorwürfe und ein ineffektives Rechtssystem begannen mehr und mehr auf den politisch Verantwortlichen zu lasten. Allerdings war die konservative Opposition in den bisherigen Meinungsumfragen noch nicht als politische Alternative erkennbar geworden.

Auch für die christdemokratische NSi kamen Wahlsieg und **Stimmenzuwachs** in ihrer Deutlichkeit überraschend, selbst wenn man sich dessen bewusst war, mit Alojze Peterle über einen unverwechselbaren politischen Trumpf zu verfügen. Mit der Bürgerkampagne vor Ort hatte man Neuland betreten und, im Vergleich zu den anderen Parteien, Punkte machen können. Natürlich will man alles daran setzen, den Erfolg dieses Frühjahres bei den Parlamentswahlen zu wiederholen, aber man ist sich dessen bewusst, dass dies äußerst schwer werden wird. Auch die SDS unter ihrem populären Parteichef Janez Janša zeigte sich mit dem Ergebnis der Europawahl zufrieden. In den Meinungsumfragen hatte sie sich bisher stets stabil als stärkste Oppositionspartei halten können und wurde zuletzt fast Kopf an Kopf mit der regierenden LDS gesehen. Gegenüber den Parlamentswahlen 2000 konnte sich die

SDS von 15,9% auf 17,6% bei der jetzigen Europawahl steigern – ein durchaus beachtliches Ergebnis. Die SDS zeigt sich über das gute Abschneiden der NSi ehrlich erfreut, vielleicht ein erster Schritt zur Überwindung der bisher lähmenden Spaltung der konservativen Parteien in Slowenien. Man zeigt sich durchaus zuversichtlich in der SDS, bei den Parlamentswahlen im Herbst die Wende schaffen zu können.

Eine gewisse Enttäuschung hingegen herrscht bei der SLS unter ihrem Vorsitzenden Janez Podobnik. Man hatte sich schon etwas mehr als die erreichten 8,4% erhofft, gegenüber den Parlamentswahlen von 2000 ein Rückgang um 1,5%. Möglicherweise ist das Ergebnis auch eine Konsequenz daraus, dass die SLS bis zum März 2004 Partner in der Regierungskoalition unter der Führung der LDS gewesen ist. In der SLS relativiert man den Erfolg der NSi vor allem mit dem Hinweis auf die geringe Wahlbeteiligung und die überragende Bedeutung von Alojz Peterle in dem jüngsten Wahlkampf. Die Zeit bis zu den Parlamentswahlen im Herbst bedeutet für die SLS vor allem einen harten Kampf um ihre Stammwählerschaft in den ländlichen Kommunen. Aufgrund des recht professionell arbeitenden Parteiapparates ist es der SLS aber durchaus zuzutrauen, dass sie diesen Kampf gewinnen wird.

NSi und SDS werden je zwei Abgeordnete von, wie gesagt, insgesamt sieben slowenischen Mandaten in das neugewählte **Europäische Parlament** entsenden. Dies sind seitens der NSi Alojz Peterle und Ljudmila Novak, eine Lehrerin und Bürgermeisterin. Die SDS wird ihren stellvertretenden Parteivorsitzenden und bisherigen Abgeordneten im nationalen Parlament, Dr. Miha Brejc und die Nuklearingenieurin Dr. Romana Jordan Cizelj entsenden.

Was ihre Erwartungen an die Politik im Europaparlament betrifft, so geben sich beide Parteien offen und abwartend. Vor dem Hintergrund des nahenden Parlamentswahlkampfes kämen NSi und SDS jedoch in eine schwierige Situation, wenn seitens der EVP-Fraktion eine dezidierte Zusammenarbeit sowohl mit den Sozialisten wie auch mit den Liberalen gesucht würde. Die in Slowenien regierenden Postkommunisten treten dort als liberale Partei auf, von der man sich natürlich ebenso distanziert wie von den sozialdemokratischen Kräften.

Bedeutet die **Ergebnisse** der Europawahl für die slowenische Politik eine **Trendwende**? Werden die drei der EVP angehörenden Parteien NSi, SDS und SLS im Herbst die Regierung ablösen können? Vorsicht bei der Prognose ist angebracht. Die Erwartungen sollten nicht zu hoch geschraubt werden. Zunächst ist die Aussagekraft eines Wahlergebnisses von gerade einmal 28,3% keine sichere Basis für weitreichende Spekulationen (das geringe Wahlergebnis wird in der slowenischen Presse vor allem auf die zahlreichen Referenden der jüngsten Zeit, der „minderen Bedeutung“ der EP-Wahlen und das wahrhaft schlechte Wetter zurückgeführt). Darüber hinaus sitzt den Slowenen bei allem Verdruss über ihre jetzige Regierung das erfolglose Zwischenspiel einer bürgerlich-konservativen Regierung und deren tiefe Zerstrittenheit von vor 4 Jahren noch schwer in Erinnerung. Dennoch zeigt das Ergebnis der Europawahl in Slowenien, dass eine politische Trendwende im Herbst zumindest möglich erscheint. Das Rennen um die Macht ist durchaus offen.

Spanien (Michael Däumer)

Am Abend des Wahlsonntags trat ein strahlender Mariano Rajoy vor die Kameras, um seine große Zufriedenheit über den Europawahlausgang für seine Volkspartei zu verkünden. Mit 41,3 Prozent der Stimmen konnte der Partido Popular (PP) unerwartet 1,6 Prozent im Vergleich zur letzten Wahl im Jahre 1999 hinzu gewinnen. Die Sozialisten vom PSOE wurden erwartungsgemäß stärkste Kraft. Die Wahlbeteiligung lag mit rund 46 Prozent knapp 19 Prozent unter der von vor fünf Jahren.

Die neue Regierungspartei unter dem sozialistischen Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE) konnte ihr Ergebnis von 1999 um 8 Prozent auf 43,3 Prozent steigern. Europa-Spitzenkandidat José Borrell sah am Wahlabend in dem Ergebnis eine Bestätigung der Regierungspolitik des PSOE.

Bei der Europawahl mussten die linken Gruppierungen schmerzhaft Einbußen hinnehmen. Zu den Verlierern des Wahlsonntags gehört die kommunistische Izquierda Unida (IU), die zusammen mit den Grünen ICV angetreten war. Die IU fiel auf 4,16 Prozent und büßt damit die Hälfte ihrer Abgeordneten ein (1999: 4). Die beiden Volksparteien PSOE und PP konnten aber auch den Regionalparteien, die größtenteils mit gemeinsamen Listen angetreten waren, Stimmen abringen. Die liberal-konservative Convergencia i Unió (CiU) aus Katalonien, die mit Regionalparteien aus dem Baskenland, Mallorca, Gallizien und Navarra gemeinsam als GAIeUsCa kandidierte, erzielte 5,2 Prozent und damit 3 Abgeordnete (CiU 1999: 3). Die katalanischen Christdemokraten UDC, deren Kandidat auf Platz 4 der Liste steht, wird nicht mehr im Europaparlament vertreten sein. Insgesamt verlieren die Regionalparteien über die Hälfte ihrer Mandate im Europaparlament.

Die Stimmung im Europawahlkampf wurde bestimmt vom Ausgang der Nationalwahl am 14. März 2004. Entsprechend war der Wahlkampf geprägt von den politischen Auseinandersetzungen nach den Madrider Attentaten. In zwei Fernsehduellen Anfang Juni hatten sich die Spitzenkandidaten von PSOE und PP, José Borrell und Jaime Mayor Oreja, heftig über den Wahlausgang vom 14. März gestritten. Während Borrell beweisen wollte, dass die Attentate nicht mit dem sozialistischen Wahlsieg in Verbindung standen, interpretierte Mayor Oreja die Niederlage des PP als Ergebnis einer sozialistischen Verschwörung in den Tagen unmittelbar nach den Anschlägen. Umfragen zufolge hatte der taktisch geschicktere Borrell insbesondere das erste Duell klar für sich entscheiden können. Mit dem bekannten Spruch „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht“ glaubte Borrell den Vorwurf einer bösartigen Verschwörung entkräften zu können. Mayors Versuch, die Legitimität der Nationalwahl in Frage zu stellen, begegnete Borrell mit dem Argument des schlechten Verlierers und der Respektlosigkeit des PP gegenüber dem Wählerwillen.

Die Volkspartei befand sich mit ihren Wahlkampfthemen aus der Aznar-Ära (Terrorismus und regionaler Nationalismus) von Anfang an in der Defensive. Geschickt nutzte Borrell die Wahlkampflinie des PP, indem er stets seinen Kontrahenten doppeldeutig als „Señor Mayor“ (der „ältere Herr“) anredete und damit den Eindruck vermittelte, dass nicht nur Mayor, sondern auch der gesamte PP Auslaufmodell sei. Der negativen Kampagne des PP setzte (der übrigens fünf Jahre ältere) Borrell einen eher aggressiven Wahlkampf entgegen. Permanent wiederholte Borrell die Fehler der Aznar-Regierung im Irak und in Europa, die auf Lügen, Täuschung und Blockade begründet sei, und forderte die Wählerinnen und Wähler auf, dem „offenen Weg Zapateros in Spanien zu folgen“. Mit dem Abzug der spanischen Truppen aus Irak habe der PSOE nicht nur sein Versprechen eingehalten, sondern sich auch als „Friedensmacht“ in Europa erwiesen.

Der Wahlsieg der Sozialisten am Sonntag ist insgesamt auf die positive Stimmung nach der Parlamentswahl vom 14. März zurückzuführen. Allgemein ist die Europawahl als „zweite Runde“ der Parlamentswahl von vor drei Monaten gewertet worden. Die überraschenden Zugewinne für den PP hängen sicherlich mit der niedrigen Wahlbeteiligung zusammen, die sich relativ gesehen nachteilig für den PSOE auswirkte. Es darf aber nicht verkannt werden, dass die herbe Enttäuschung bei den Anhängern der Volkspartei über den Ausgang der Nationalwahl vom 14. März und der Versuch des PSOE und seines Spitzenkandidaten, den PP als Partei zu disqualifizieren, dazu geführt hat, die konservativen Stammwähler und Parteianhänger zu mobilisieren. Die PP-Wähler haben mit diesem Ergebnis klar ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen wollen, dass die PP-Niederlage vom 14. März unverdient und ungerecht war.

Aus dem Wahlergebnis ergeben sich sowohl positive als auch negative **Konsequenzen**. Positiv ist zu verzeichnen, dass die 23 Abgeordneten des PP die EVP insgesamt stärken. Die Volkspartei gehört damit nach wie vor zu den starken Parteien auf europäischer Ebene. Auch intern geht die Parteiführung unter Mariano Rajoy gestärkt hervor. Das politische Überleben Rajoys scheint zunächst einmal gesichert zu sein, so dass seiner Wahl zum Parteivorsitzenden im kommenden Herbst nichts mehr entgegenstehen dürfte. Damit dürfte die parteiinterne Kritik gegenüber dem Führungsanspruch von Rajoy vorläufig verstummen.

Die neue Gruppe der spanischen Europaabgeordneten, die unter dem Motto „Was für Spanien gut ist, ist auch gut für Europa“ in den Wahlkampf gezogen ist, ist noch überwiegend von den europapolitischen Vorstellungen der Aznar-Ära geprägt. Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht damit zu rechnen, dass der PP seine europapolitischen Positionen ändern wird. Vielmehr wird die Volkspartei in der Opposition die neue pro-europäische Ausrichtung des PSOE heftig bekämpfen und dabei voraussichtlich noch stärker als bisher nationale Interessen verfolgen. Ziel des PP wird sein, den Sozialisten Verstöße gegen die Interessen Spaniens vorzuwerfen. Insbesondere wird der PP die Verhandlungen zur neuen Finanzverfassung 2007 dazu nutzen, den PSOE den Ausverkauf spanischer Interessen vorzuwerfen.

Die **öffentlichen Stellungnahmen** von Vertretern der Volkspartei zum Ausgang der Europawahl waren durchgehend positiv. Die Partei schöpft aus dem Ergebnis neue Hoffnung für die Zukunft. Erleichtert vom positiven Wahlausgang für den PP, der wohl sein politisches Überleben sichern wird, sagte der designierte Nachfolger von José María Aznar als Parteivorsitzender, Mariano Rajoy, dass das Ergebnis ein „großer Ansporn“ für ihn sei, sein persönliches Engagement für die Partei zu steigern.

PP-Spitzenkandidat Jaime Mayor Oreja sprach von einem „exzellenten Ergebnis“, das zeige, dass es trotz anders lautender Prognosen eine Alternative zur Regierung in Spanien gibt.“ Er fügte hinzu, dass „das Ziel, 10 Millionen Wählern die Kraft und die Hoffnung wiederzugeben, erfüllt ist.“ Aus dem unmittelbaren Umfeld von Jaime Mayor Oreja war zu hören, dass Mayor „unseren Wählern das Vertrauen in die Partei und die Hoffnung auf die Zukunft zurückgegeben hat.“

Der ehemalige Justizminister unter Aznar, José María Michavila, kritisierte die im Vorfeld der Wahl veröffentlichten Umfrageergebnisse als Versuch der sozialistischen Medien, die öffentliche Meinung gegen den PP negativ zu beeinflussen: „Das hat bei weitem nichts mit den 10 Punkten Unterschied zum PSOE zu tun, die Zapatero oder (das staatliche Umfrageinstitut) CIS vorhergesagt haben.“

Enttäuscht zeigte sich der UDC-Vorsitzende und CiU-Generalsekretär Josep Antoni Duran i Lleida über das schlechte Abschneiden der liberalen Konservativen in Katalonien. Er machte den Linkstrend des Parteienbündnisses nach der verlorenen Wahl von November 2003 für die Niederlage verantwortlich und betonte, dass der Versuch der CiU, die linksnationalistischen Esquerra Republicana (ERC) nachzuahmen, nur das Ende der CiU bedeuten würde. Die CiU wurde in letzter Zeit zunehmend als „ERC in Lacoste-Hemden“ bezeichnet, was insbesondere unter ihren konservativen und christdemokratischen Anhängern eine deutliche Unzufriedenheit mit dem neuen Parteiprofil hervorgerufen hat. Allgemein wird der Abtritt des überaus charismatischen CiU-Vorsitzenden Jordi Pujol bedauert, der dem Parteienbündnis über lange Jahre hinweg das Profil eines gemäßigten, europäisch orientierten Nationalismus katalanischer Prägung verschafft hat. Um so deutlicher werden innerparteilich Rufe nach personellen Konsequenzen laut, die vor allem den Pujol-Nachfolger und wenig durchsetzungsfähigen Artur Mas betreffen dürften.

Ergebnisse der Europawahl in Spanien vom 13. Juni 2004 im Vergleich zur Wahl von 1999:

Wahlbeteiligung

1999	2004
64,3 %	45,9%

Anzahl MdEP

1999	2004
64	54

Parteien	% 2004	Sitze 2004	1999	Sitze 1999	EP-Fraktion
Partido Socialista	43,3	25	35,3	24	SPE
Partido Popular	41,3	23	39,7	27	EVP
GalEusCa ¹	5,17	3		-	
IU-ICV-EUA	4,16	2	5,8	4	VEL
Europa de los Pueblos ²	2,49	1		-	
Coalición Europea ³	1,21	-	-	-	-
Converg.Dem. Catalunya	-	-	4,4	3	LIB
Coalicion.Nacionalista	-	-	2,9	2	EVP
Euskal Herritarok	-	-	1,5	1	-
BNG	-	-	1,5	1	-
CNEP	-	-	3,2	2	-
Sonstige		-	4,2	-	-

Anmerkungen:

1. GalEusCa = Parteienbündnis aus CiU, PNV, BNG, BNV, PSM-EN
 2. Europa de los Pueblos = Parteienbündnis aus ERC, EA, CHA, AA, CNC, ICLR
 3. Coalición Europea = Parteienbündnis aus CC, PA, PAR, UV

Tschechien (Dr. Stefan Gehrold)

Es war ein Tag wie jeder andere - zumindest für 72% der Wahlberechtigten. Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 waren ein historischer Augenblick. Das erste Mal entschieden die Wähler aus Mittel- und Osteuropa über ihre Vertreter im Europaparlament. Trotzdem wählten am 11. und 12. Juni nur 28% der wahlberechtigten Tschechen. Sie strafte die regierenden Sozialdemokraten, die nicht einmal 10% der Stimmen erhielten, in bislang ungekanntem Maße ab. Erfolgreich waren neben den pro-europäischen Christdemokraten und der (neuen) Liste der Europäischen Demokraten im konservativen Lager vor allem die ODS (deutliche stärkste Partei). Auch die antieuropäischen Kommunisten und die populistischen Unabhängigen reüssierten. Entgegen ersten Analysen in Deutschland kann dieses Resultat nicht als Erfolg der Europaskeptiker gewertet werden. Unmittelbar nach dem Wahlergebnis wird über Konsequenzen für die Regierung diskutiert.

Der Wähler nutzte diese ersten Europawahlen zur Abrechnung mit der Regierung des sozialdemokratischen Premiers Vladimir Spidla. Die Mitte-links-Koalition besteht unter der Führung der Sozialdemokraten (CSSD) aus 3 Parteien und verfügt im Parlament über eine Mehrheit von einem Sitz. Neben der CSSD sind noch die christdemokratische KDU-CSL und die rechtsliberale Freiheitsunion (US-DEU) Mitglieder der Regierungskoalition. Der große

Verlierer der Wahl waren neben den Sozialdemokraten (nur noch 8,8%) die US-DEU (1,7%). Die bürgerlich-konservative ODS (+5,5%) erhielt mehr als dreimal so viele Stimmen wie die regierenden Sozialdemokraten. Noch besser als die Wahlprognosen erwarten ließen, schnitten die Kommunisten (KSCM) ab und wurden mit 20,4% deutlich zweitstärkste Kraft ab. Überraschend stark waren die landesweit erstmals Mal antretende europafreundliche „Vereinigung der Unabhängigen Kandidaten - die Europäischen Demokraten“ (SNK-ED: 11%) und die antieuropäischen „Unabhängigen“ (8,2%).

Die Europawahl wird zweifellos Konsequenzen für die Regierung Spidla haben. Welche ist z. Zt. noch nicht absehbar. Die Regierung verfügt über die Mehrheit von einer Stimme. Noch schlimmer als das Desaster der CSSD wiegt daher die Tatsache, dass die Freiheitsunion kurz vor dem Zerfall steht. Vorzeitige Neuwahlen sind jedoch unwahrscheinlich. Der Ausschreibung von Neuwahlen stehen hohe verfassungsrechtliche Hürden entgegen. Premierminister Vladimir Spidla räumte die Wahlniederlage ein. Seinen Rücktritt als Premier lehnte er jedoch ab. Sein Mandat beruhe auf dem im Jahre 2002 erzielten Wahlergebnis bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus.

Die Chance, zum ersten Mal an der Europawahl teilzunehmen und 24 tschechische Vertreter ins Europaparlament (EP) zu schicken, nutzten lediglich 28 % der wahlberechtigten Tschechen. Den meisten tschechischen Bürgern ist das Europaparlament fremd geblieben. Eine Teilschuld daran trifft die für die Wahlen kandidierenden Parteien. Der Wahlkampf war, wenn er überhaupt betrieben wurde, zu wenig von europäischen Themen geprägt. Zudem sprachen die Wähler die aufgestellten Kandidaten wenig an. Die Wahlkampagne war farblos und von innenpolitischen Akzenten geprägt. Es fehlte an Idee, Originalität und Witz. Die einzige professionelle Wahlkampagne führte die ODS, die sich thematisch auf Kritik an der Regierung begrenzte. Sie war auch die einzige Partei, die das Stadtbild in Prag nachhaltig durch konsequente Plakatierung prägte.

Dennoch muss auch konstatiert werden, dass Europa die Wähler nicht wirklich interessierte. Dutzende von Organisationen hatten sich monatelang bemüht, Europa unter verschiedenen Gesichtspunkten zu thematisieren. In Tschechien siegten jedoch die europaskeptischen Parteien, - so die erste Analyse deutscher Kommentatoren. Richtig ist, dass neben den Kommunisten, die im Rahmen des Referendums den EU-Beitritt ablehnten, die Unabhängigen weitere zwei antieuropäische Abgeordnete ins EP entsenden werden. Eindeutig ist allerdings auch, dass zwei Wahlsieger, nämlich die Christdemokraten und die neuen Vertreter der ED pro-europäisch gesinnt sind. Die Aufstellung in der Bevölkerung bekannter und beliebter Politiker (Spitzenkandidat war der ehemalige Außenminister Zieliencz) war der entscheidende Faktor, der den Erfolg der ED-Liste bedingte.

Die Christdemokraten sind automatisch aufgrund ihrer Mitgliedschaft in der EVP Mitglieder der EVP-ED-Fraktion. Über den zu erwartenden Antrag auf Aufnahme der ED- und ODS-Abgeordneten muss die Fraktion gesondert entscheiden. Keine Schwierigkeiten dürften im Hinblick auf die ED-Abgeordneten bestehen. Die integrationsfreundliche Haltung der ED-Vertreter wird den EVP-Abgeordneten die Entscheidung leicht machen.

Bleibt die Frage, wie denn nun eigentlich die größte tschechische Partei und ihre Politik zu bewerten sind. Ist die ODS die „Vaclav-Klaus-Partei“? Eine Partei, die wie der tschechische Präsident die Europäische Union als „größte Bedrohung für die Freiheit seit Ende des Kommunismus“ (FAZ vom 09.06.2004) empfindet? Im Gegensatz zu den einheitlich europaskeptischen Kandidaten und Wählern der KSCM, nehmen die ODS und ihre Sympathisanten unterschiedlich Stellung zum Integrationsprozess. Nach Untersuchungen gibt es jedoch keine Differenzen in der Bewertung des Integrationsprozesses im Vergleich der Mitglieder der angeblich europaskeptischen ODS und der europafreundlichen KDU. Die ODS-Wähler hingegen sind den Meinungsumfragen nach noch europafreundlicher als die Parteibasis: 72% der ODS-Wähler haben Vertrauen in die EU (das ist Spitze), nur 65% bei der KDU. Die ODS wird ohne Zweifel ein Faktor bleiben, denn sie erfreut sich der Unterstützung der jungen

Menschen. In der Gruppe der 18-44jährigen findet die ODS die weitaus größte Schar ihrer Anhänger, wohingegen in der Gruppe der über 60jährigen die KDU-CSL und in der Gruppe der 45-59jährigen die CSSD die meisten Anhänger hat. Die These, dass die ODS thematisch und programmatisch in der grundsätzlich europafreundlichen und christlich geprägten EVP-ED-Fraktion nichts verloren habe, ist vor diesem Hintergrund kaum nachzuvollziehen.

Klaus' Nachfolger im Parteivorsitz, Mirek Topolanek, gilt als gemäßigt europafreundlich, jedenfalls aber pragmatisch. Der Antrag auf Aufnahme in seiner Abgeordneten in die EVP-ED-Fraktion ist – gegen den Willen der nationalistischen Minderheit in der Partei – sein Projekt. Dieser Schritt war mutig und verdient Respekt, denn er hat ihm nicht nur Freunde eingetragen. In der Gruppe der neuen ODS-Abgeordneten im EP halten sich Integrationisten und Skeptiker in etwa die Waage. Schwarz konstatiert daher in der FAZ vom 09.06. richtigerweise: „Repräsentativ für die ODS ist er (der europaskeptische Spitzenkandidat Jan Zahradil) nicht, weder für die Parteibasis noch für ihre Wählerschaft. Ihr neuer Parteivorsitzender Topolanek bemüht sich darum, die ODS als Volkspartei im politischen Zentrum zu verankern“. Topolanek selbst macht dies immer wieder deutlich. In einem Gespräch mit mir am 02.06. sprach er erneut von der CDU als dem natürlichen Partner der ODS in Deutschland. Er suche den Kontakt zur CDU auf allen Ebenen. Schwieriger wäre die Entwicklung der Beziehungen zur CSU. Aber auch dieser Dialog müsste weiterentwickelt werden. Und er, Topolanek, stehe für diese Entwicklung.

Während aus der KDU-CSL und der ED integrationsfreundliche Abgeordnete in der Fraktion vertreten sein werden und die Arbeit in der Fraktion stützen werden, ist die Rolle, die die neuen ODS-Abgeordneten (sollten sie Aufnahme finden) spielen werden, noch unklar. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass es nicht zu größeren Abweichungen von der Fraktionsmeinung kommen wird. Zum einen sind unter den 9 Abgeordneten durchaus integrationsfreundliche Parlamentarier. Zum zweiten wissen die Abgeordneten, dass ihre Wählerklientel prinzipiell pro-europäisch ist. Zum dritten erwartet ihr Vorsitzender von ihnen konstruktive Mitarbeit. Zitat Topolanek aus dem Gespräch mit mir am 02.06.: „Wir wollen und werden im EP kein Quertreiber sein, sondern werden eine positive Rolle spielen“. Interessant ist, dass der KDU-CSL-Vorsitzende Kalousek in dieser Frage eine eindeutige Position einnimmt: „Im Sinne einer europäischen Blockbildung halte ich es für erforderlich, dass die ODS-Abgeordneten Aufnahme in die Fraktion finden“ (Zitat aus einem Gespräch mit mir am 02.06.).

Dem Ziel der EVP-ED-Fraktion, stärkste politische Kraft zu bleiben, käme die Aufnahme entgegen. Bringt doch die ODS mit ihren 9 Abgeordneten mehr Stimmen mit als alle slowakischen Partnerparteien der EVP zusammen.

Ungarn (Klaus Weigelt)

Am 13. Juni 2004 haben die Ungarn nach ihrem Beitritt zur EU am 1. Mai 2004 zum ersten Mal an Europawahlen teilgenommen. Beim EU-Referendum am 12. April 2003 hatten nur 45,62% der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Diese bis dato **niedrigste Beteiligung** an Wahlen wurde jetzt nochmals unterboten: **nur 38,47%** der ungarischen Wahlberechtigten beteiligten sich an den Europawahlen. In dieser Zahl zeigt sich die weiter zunehmende Skepsis gegenüber Europa auf der einen, aber auch die Unzufriedenheit mit der eigenen Regierung auf der anderen Seite, die sich in dem erkennbaren Wahlboykott äußerte.

Im Endeffekt konnten gegen diese Trends nur FIDESZ, MDF und SZDSZ ihre Wähler mobilisieren, während MSZP starke Einbußen hinnehmen musste. Das Wahlergebnis (s. u.) zeigt einen klaren **Sieg des bürgerlichen Lagers**, das mit **13 von 24 ungarischen EP-Abgeordneten** die Mehrheit nach Straßburg entsenden und damit die EVP-Fraktion stärken wird. Der Sieg der Bürgerlichen hat einen Doppelaspekt: FIDESZ erzielte prozentual und

nach Mandaten mehr als die Regierungsparteien MSZP und SZDSZ zusammen und erreichte damit ein zentrales Wahlziel. Andererseits ist der Einzug des MDF mit einem Mandat ins EP durch die Überwindung der 5%-Hürde eine echte Überraschung, die neue Perspektiven für 2006 eröffnet, da beide Parteien gemeinsam **53,73% der Stimmen** auf sich vereinigen konnten. Damit erreichte MDF ein wichtiges Wahlziel im Hinblick auf 2006: den Nachweis, dass durch zwei Parteien im bürgerlichen Lager die Mehrheit sicherer wird.

MSZP ist mit nur 34,31% und 9 Mandaten der klare **Verlierer der Wahl**. Bei den Parlamentswahlen 2002 hatte die Partei 42,05% erreicht (FIDESZ 41,07%). Auch in diesem Ergebnis ist die Unzufriedenheit der Wähler mit der Regierungsarbeit zu erkennen, die den Koalitionspartner ganz offensichtlich nicht trifft. SZDSZ konnte mit überraschenden 7,73% und 2 Mandaten sein Ergebnis von 2002 (5,57%) deutlich verbessern.

FIDESZ erzielte in den **Komitat**en Vas (56,71%), Bács.Kiskun (56,38%) und Győr-Moson-Sopron (55,24%) seine besten Ergebnisse, der MDF in der Heimat von Ibolya Dávid, dem Komitat Tolna (6,37%), in Bács-Kiskun (6,22%) und in Győr-Moson-Sopron (6,05%). Diese Ergebnisse zeigen eine weitere Besonderheit: FIDESZ und MDF ergänzen sich, ohne sich zu schaden; sie schöpfen gemeinsam das Mitte-Rechts-Spektrum besser aus. Dieses Argument ist für 2006 wichtig. MDF zielt auf die Wähler, die in das Spektrum gehören, aber nicht bereit sind, Viktor Orbán zu wählen.

MSZP erreichte nur in Borsod-Abaúj-Zemplén (41,11%) und Komárom-Esztergom (40,53%) Werte über 40%. Der SZDSZ hielt seine Hochburg **Budapest** mit 12,84% und erreichte auch in Pest mit 8,28% einen überdurchschnittlichen Wert. Im übrigen lag FIDESZ in Budapest mit 39,29% vor MSZP, der in seiner Hochburg nur 36,19% erreichte.

Von den 13 neuen MEP aus Ungarn kann man eine selbstbewusste, d. h. auf die **nationalen ungarischen Interessen** ausgerichtete Mitarbeit in der EVP-Fraktion erwarten. Sicher werden von diesen Abgeordneten in den ersten Jahren **keine größeren europapolitischen Aktivitäten** ausgehen. Man wird sich zurechtfinden und auf das Naheliegende beschränken: die Fragen der Landwirtschaft, die Lage der ungarischen Minderheiten, die Stärkung der wertkonservativen Positionen innerhalb der EVP. Diese Punkte waren auch schon in der Verfassungsdiskussion erkennbar. Der neue MDF-MEP wird sich als Chemieingenieur und Fachmann in Umweltfragen besonders auf diesem für Ungarn sehr wichtigen Feld betätigen. Zu hoffen ist, dass die 24 ungarischen Abgeordneten in Brüssel und Straßburg eine **Kultur des Dialogs und der Zusammenarbeit** entwickeln, die auf das Heimatland abfährt und damit auch die politische Kultur in Ungarn mittelfristig verbessert.

Es fällt auf, dass **Viktor Orbán** in seinen ersten Stellungnahmen sich darauf beschränkte, die nationale Bedeutung der Wahl hervorzuheben. Seiner Ansicht nach beweist der Wahlausgang, dass die Regierung das Vertrauen des Volkes verloren habe: „Mit dem glänzenden Sieg von heute haben wir die **erste Wahlrunde für 2006** gewonnen.“ Der Spitzenkandidat des FIDESZ, **Pál Schmitt**, hob hervor, dass im EP der **FIDESZ „Ungarns größte Partei“** sein werde; dies bedeute eine große Herausforderung. Aber: die 24-karätige ungarische Mannschaft müsse sich zusammensetzen, um sich über ein nationales Optimum zu einigen, das in Brüssel vertreten werden müsse. **József Szájer** sagte: „Der Sieg ist sowohl für FIDESZ als auch für die EVP wichtig. Wir müssen in Brüssel die EVP für uns gewinnen, um dort die Interessen der 15 Millionen Ungarn vertreten zu können.“

Die MDF-Vorsitzende **Ibolya Dávid** gab ihrer Erleichterung und Freude mit einem „Wir haben es geschafft!“ Ausdruck und gratulierte als erstes „unserem Alliierten“ zum Wahlsieg. Dieser (Orbán) meinte, dass man das Ergebnis des „ehemaligen Alliierten“ vor der Öffentlichkeit weder übertreiben noch unterschätzen solle. Dávid sagte weiter: „Wir müssen die Arbeit fortsetzen, die uns die Chance gibt, ein normales öffentliches Leben zu führen, **damit Ungarn in Europa so erfolgreich** wird, wie es die Staatsbürger eines erfolgreichen Ungarns

verdienen.“ Sie schloss mit der Bemerkung: „Es ist der Anfang, die richtige Kraftprobe kommt erst 2006.“

Der **Einzug des MDF ins EP** kommt sowohl für die EVP, als auch für die CDU und den FIDESZ **unerwartet und überraschend**. Monatelang sah sich Frau Dávid dem Vorwurf, übrigens auch aus den eigenen Reihen, ausgesetzt, sie würde das Schicksal des MDF aufs Spiel setzen und Stimmen aus dem bürgerlichen Lager verschenken, da sie ohnehin keine Chance habe, die 5%-Hürde zu überspringen. Jetzt, nachdem sie ihr wichtigstes Wahlziel mit Beharrlichkeit erreicht hat, herrscht zunächst einmal **betroffenes Schweigen**. Die Glückwünsche halten sich in Grenzen, die Bedenkenträger suchen nach neuen Argumenten. Aber die **Situation hat sich verändert**.

Der Erfolg des MDF ist zum einen der **richtigen Strategie** (Unterstützung durch Peter Radunski), zum anderen aber der hervorragenden Arbeit der **Jugendorganisation** des MDF, dem **IDF** unter seinem Vorsitzenden Zsolt Szabó, zu verdanken. Für diese jungen Leute bedeutet der Erfolg einen ungeheuren Motivationsschub. Sie haben gesehen, dass man etwas bewegen kann. Deswegen ist damit zu rechnen, dass die Arbeit weitergeht. Zwei Jahre liegen noch vor ihnen bis 2006. Sie werden FIDESZ und MDF gemeinsam nützen.

Parteien, die eine Liste aufgestellt haben	Ergebnisse		
	Stimmen	%	Mandate
FIDESZ-MAGYAR POLGÁRI SZÖVETSÉG	1 456 854	47,40 %	12
MAGYAR SZOCIALISTA PÁRT	1 054 368	34,31 %	9
SZABAD DEMOKRATÁK SZÖVETSÉGE	237 519	7,73 %	2
MAGYAR DEMOKRATA FÓRUM	163 891	5,33 %	1
MAGYAR IGAZSÁG ÉS ÉLET PÁRTJA	72 177	2,35 %	0
MUNKÁSPÁRT	56 219	1,83 %	0
MAGYAR NEMZETI SZÖVETSÉG	20 234	0,66 %	0
SZOCIÁLDEMOKRATA PÁRT	12 191	0,40 %	0

Namensliste der Parteien		
FIDESZ-MAGYAR POLGÁRI SZÖVETSÉG	FIDESZ - UNGARISCHER BÜRGERLICHER BUND	FIDESZ
MAGYAR DEMOKRATA FÓRUM	UNGARISCHES DEMOKRATENFORUM	MDF
MAGYAR IGAZSÁG ÉS ÉLET PÁRTJA	PARTEI DER UNGARISCHEN GERECHTIGKEIT UND LEBENS	MIÉP
MAGYAR NEMZETI SZÖVETSÉG	UNGARISCHER NATIONALER BUND	MNSZ
MAGYAR SZOCIALISTA PÁRT	UNGARISCHE SOZIALISTISCHE PARTEI	MSZP
MUNKÁSPÁRT	ARBEITERPARTEI	MUNKÁSPÁRT
SZABAD DEMOKRATÁK SZÖVETSÉGE	BUND FREIER DEMOKRATEN	SZDSZ
SZOCIÁLDEMOKRATA PÁRT	SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI	SZDP